

Volksrecht

für Schlesien

Den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 8 mal und in durch die Haupt-Expedition: Kurze Straße 4/8, durch Sachhandlung der „Volksrecht“, Neue Graupenstraße 5; Matthei-straße 100, sowie durch alle Ausräger zu beziehen. - Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,76 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,46 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion, 21738
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellensuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 4/8 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Die französische sozialistische Partei bewundert die Taktik der deutschen Sozialdemokratie

Grumbach über die Taktik der Tolerierung und die Politik der deutschen Sozialdemokratie

Düsseldorf, 19. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der französische Abgeordnete Grumbach sprach in Düsseldorf in einer gewaltigen Kundgebung der Sozialdemokratie über die deutsch-französische Verständigung. Grumbach führte u. a. aus: „In dieser härtesten aller Zeiten ist die Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs von lebenswichtiger Bedeutung nicht nur für unsere beiden Völker, sondern auch für ganz Europa. Und gerade im Rahmen dieser so unerlässlichen Zusammenarbeit möchte ich die Gelegenheit ergreifen, um ihnen sagen, wie wir französische Sozialisten, die wir bei seit Jahren den Kampf führen zugunsten der Verständigung unserer Länder, die gegenwärtige Politik der deutschen Sozialdemokratie beurteilen. Wie hoch wir jene edle Selbstaufopferung einzuschätzen wissen, zu der sich die deutsche Sozialdemokratie seit Jahr und Tag gezwungen hat. Den kommunistischen Dolch im Rücken, die ständige Gefahr auf allen Wegkreuzungen, ist sie den Hauptpfeiler dar, der das unter wirtschaftlichen Stürmen und der daraus sich ergebenden sozialen und materiellen Zerrüttungen wankende Gebäude der deutschen Republik vor dem Zusammenbruch in ein bolschewistisches Chaos schützt. Wir wissen, daß die deutsche Sozialdemokratie sich ganz klar darüber ist, welche Gefahren sie sich durch ihre Politik der Tolerierung begibt, wie sehr sie die kommunistische und internationalistische Demagogie dadurch erleichtert und doch darf sie

überzeugt davon sein, daß die gesamte Internationale, daß alle Arbeiter der Welt, die sozialistisch denken und fühlen, daß vor allem Frankreichs Arbeiterpartei, Frankreichs Sozialisten, Frankreichs demokratische Republikaner, d. h. gerade diejenigen Schichten unserer Bevölkerung, die am ehrlichsten und offensten auf die deutsch-französische Verständigung hinarbeiten, der deutschen Sozialdemokratischen Partei dafür dankbar sind, daß sie auch in den letzten Tagen wieder das Gelingen der für den Frieden Europas und für die Wiedergeburt Deutschlands so gefährlichen Harzburger Pläne dadurch verhindert, daß sie der gegenwärtigen Regierung ihre Existenzmöglichkeit sicherte, ungeachtet allen kommunistischen und völkischen Geschreis. Stünde die sozialistische Partei Frankreichs heute hinter mir auf dieser Tribüne, wären die 110 sozialistischen Abgeordneten der französischen Kammer hier zugegen, sie alle würden ihnen zurufen: In dieser Stunde zur Rettung des ganzen Körpers, zum Schutze der deutschen Republik, zum Schutze des Friedens, d. h. zur Aufrechterhaltung der Grundbedingung für die systematische Weiterverfolgung des begonnenen französisch-deutschen Ausöhnungswortes, werden die Ereignisse auch eines Tages belohnen. Für uns in Frankreich bedeutet euer schwerer Kampf, bedeutet die Opfer, die ihr tagtäglich bringen müßt, einen Grund mehr, um unsere eigenen Bemühungen für die Durchführung praktischer Hilfsmassnahmen zugunsten des leidenden deutschen Volkes unermüdet fortzusetzen, bis das Ziel erreicht sein wird.“

Die Marne Schlacht

Diesmal sollte der Schlag gelingen. Der Angriff war wohl vorbereitet. In Harzburg erfolgte am 11. Oktober unter einem Vorhugelschle auf den Sieg der Aufmarsch. Am 16. Oktober verließ das vorher so siegesichere Heer fluchtartig das Schlachtfeld des Reichstages, nachdem der Ansturm mit einer Mehrheit von 25 Stimmen abgelehnt war.

Die Verlierer des Dritten Reiches sind heute genau so weit wie vor acht Monaten. Wie am 10. Februar so haben sie am 16. Oktober vor ihren Gegnern die Segel gestrichen. Sie haben damit ihre Unfähigkeit, auf dem Boden des Parlamentes um eine staatspolitische Idee zu kämpfen, eingestanden. An dem großen geistigen Ringen, das vier Tage lang im Reichstagsgebäude sich abspielte, konnten sie nicht teilnehmen. Sie haben keine staatspolitische Idee. Sie sind die Söldlinge des Junkertums und des Schwertkapitals, die den Auftrag erhalten haben, der deutschen Arbeiterklasse die politische Gleichberechtigung und die sozialen Institutionen zu rauben. Der Vorstoß ist wiederum gescheitert. Bezeichnend ist, daß sie aus dem Reichstag, just in dem Augenblick, als es galt, Farbe zu bekennen zu der großen Streitfrage des kollektiven Arbeitsvertrages, zu der Frage der Fürstentragung, zu ihrer eigenen nun von den Kommunisten aufgenommenen Forderung der Einstellung der Youngzahlungen.

Es ging diesmal ums Ganze. Nicht nur um den Sturz der Regierung Brüning handelte es sich. Der ganze Parlamentarismus, das demokratische Staatsgefüge sollte zertrümmert werden. Schon dieser Vorstoß bewies jedoch, daß der demokratische Parlamentarismus trotz der Notverordnungspolitik des letzten Jahres noch lebenskräftig existiert. Wäre er so vom Wurm zernagt, wie seine Feinde ihn erscheinen lassen möchten, so hätte es des ungeheuren Ansturms nicht bedurft. Mit der Abwehr des Ansturms ist das parlamentarische Regierungssystem neu gestiftet. Und nun gilt's, den hungernden, den verzweifelnden Menschen, die die Rettung von der nationalsozialistischen Phrasologie und Demagogie erhofften, die Augen zu öffnen, damit sie das wahre Gesicht dieser Partei erkennen.

Man vergleiche einmal das dreiste, selbstbewußte, hochmütige Auftreten der Nazi draußen in ihren Versammlungen mit ihrem jammerwürdigem Verhalten im Reichstag. Den gewählten Volksvertretern wird nicht gestattet, ihren Gegnern Aug in Auge gegenüberzutreten, zu hören, was die anderen zu sagen haben, sich geistig mit ihnen zu messen. Durch die Spalten der Türen zum Sitzungssaal des Reichstags gucken sie heimlich und lauschen, bis der Zeitpunkt kommt, wo einer ihrer Befehlshaber aus dem Lager der Deutschnationalen oder der volksparteilichen Bankrüsten und Industriemagnaten die Tribüne besteigt, dem sie dann ihren Beifall zu spenden haben. Und das nennt sich „Arbeiterpartei“.

Mit der Niederlage und dem neuen Auszug der Nationalsozialisten aus dem Reichstage sind sie nicht nur jeder geistigen Auseinandersetzung aus dem Wege gegangen, sie haben sich zugleich gedrückt vor jeder verantwortlichen Entscheidung. Vier Wochen ernste und sachliche parlamentarische Arbeit würden ausreichen, um aller Welt, auch dem Haufen nationalsozialistischer Mitläufer, die totale geistige Hofftheit und Unehrlichkeit des Naziputs zum Bewußtsein zu bringen. Darum lassen sie es nicht darauf ankommen, die Probe aufs Exempel zu machen. Sie bekennen lieber ihren geistigen Bankrott.

Neben der Marne-Niederlage des deutschen Faschismus darf das positive Ergebnis der Reichstagsentscheidung vom 16. Oktober nicht übersehen werden. Es besteht nicht darin und kann leider nicht darin bestehen, die Krise zu beheben und alle Not sofort zu beseitigen. Aber es besteht in der Verhütung der Katastrophe. Wenn die Regierung gestürzt wäre und eine Rechtsregierung auf die Beine zu stellen versucht würde, so wären mit einem Schlage alle Fäden der internationalen Verhandlungen zerrissen, die getroffenen Kreditabmachungen schwebten in der Luft, eine neue Welle der Kreditentziehung und Kapitalflucht würde einsetzen, neue Stilllegungen, gesteigerte Massenarbeitslosigkeit wären die unmittelbare Folge. Das ist vermieden worden. Nicht den Nationalsozialisten, nicht ihren Stellvertretern, wie Sellmann die Kommunisten zutreffend bezeichnete, ist das zu danken, sondern der Sozialdemokratie, die auch in dieser Situation sich als die verantwortungsbewußte Hüterin der Interessen des schaffenden deutschen Volkes erwiesen hat. Wilhelm Keil.

Der Blutsonntag in Braunschweig

Klagges streitet die Ausschreitungen ab, die Polizei gibt sie amtlich zu Neuer Hilferuf an Groener, Groener verlangt Bericht Sozialdemokratie fordert Einberufung des Landtags

Braunschweig, 19. Oktober (Eigener Drahtbericht.) Die Braunschweigische Regierung hat am Montag die „Braunschweigische Staatszeitung“ mitteilen lassen, daß die in dem Telegramm des Ortsvereins der D. Braunschweig an den Reichsinnenminister behaupteten Straßenkämpfe nicht den Tatsachen entsprechen. Es sich bei den Meldungen über die Zerstörung von Fenstereisen um glatte Erfindungen handele. Klagges scheint danach das Erbe seines Vorgängers anzunehmen in allen Punkten angetreten zu haben; denn seine Behauptungen in der „Braunschweigischen Staatszeitung“ sind wahr.

In dem amtlichen Polizeibericht werden die Straßenkämpfe zugegeben.

Der Bericht wird zugegeben, daß am Sonntag sowohl auf dem Kleinplatz als auch auf der Langen Straße zahlreiche Fenstereisen zertrümmert worden sind. Tatsächlich aber ist die SZ nicht nur in diesen Straßen, sondern auch in anderen Straßen der Arbeiterviertel zahlreiche Fenstereisen zertrümmert, Fenstertreuze eingebrochen und Türfüllungen eintrümmert. Die Sozialdemokratische Partei ist dabei die Zahl der zertrümmerten Scheiben nähere Erhebungen vorzunehmen zu lassen. Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion der „Helbentaten“ der Nazis im Landtag in einer hohen Anfrage zur Sprache bringen. Der Gauvorstand des Reichsbanners wird Minister Groener eine schriftliche Beschwerde über die Helbentaten-Ereignisse übermitteln. Der Reichsminister des Innern hat am Montag die Braunschweigische Regierung über die Braunschweigische Geländehaft in Berlin wegen der jüngsten Fälle in Braunschweig neue Vorstellungen erheben und um einen schriftlichen Bericht über den Verlauf des Sonntags bzw. die in der Presse gemeldeten Vorgänge gebeten.

Braunschweig, 19. Oktober (Eigener Drahtbericht.) In der „Braunschweigischen Staatszeitung“ läßt Klagges Montag behaupten, daß die gemeldeten Zusammenstöße zwischen den braunschweigischen Nazi-Treffens nicht den Tatsachen entsprechen und die vom Ortsverein Braunschweig der Sozialdemokratischen Partei an den Reichsinnenminister gemachten Vorwürfe auf den Kopf gestellt seien. Daraufhin hat der Reichsminister des Innern am Montag ein Telegramm an den Reichsminister geschickt: „Braunschweigische Regierung teilt in Braunschweig die Staatszeitung mit, daß es sich bei mehreren Fällen über Straßenkämpfe in Braunschweig um glatte Erfindungen handele, die Tatsachen auf den Kopf stellen.“

Straßenkämpfe sind von Tausenden beobachtet. Sachschaden wird festgestellt. Auch amtlicher Polizeibericht gibt Zerstörung zahlreicher Fenstereisen zu. Befehlshaber Kommandeur der Schutzpolizei antwortete auf meine Feststellung, daß Polizeikräfte zu schwach seien: „Das kann wohl sein.“ Schriftliche Stellungnahme folgt.

Braunschweig, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Sozialdemokratische Fraktion des braunschweigischen Landtags hat die Einberufung des braunschweigischen Parlaments gefordert, um eine Besprechung der Vorgänge während des Nazi-Treffens zu erreichen.

Klagges schreit nicht einmal vor einer tendenziös gefärbten amtlichen Berichterstattung an die Presse zurück. So behauptet er in einer Auslassung, daß die Zusammenstöße in Braunschweig durch politisch linksgerichtete Elemente verursacht worden seien. Immerhin gibt er bereits zu, daß das Straßenpflaster, wenn auch „nur in geringem Umfange“, aufgebracht worden ist. Jetzt sei die Stadt von Nationalsozialisten völlig geräumt. Das Straßenbild sei das gewohnte.

Braunschweig, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der von den Helbentaten ermordete Arbeiter Engelle, das zweite Todesopfer des Braunschweiger Nazi-Treffens, ist Vater von fünf unversorgten Kindern. Die Mehrzahl der Verletzten gehört republikanischen und Arbeiterorganisationen an, ein Zeichen, daß die bewaffneten Helfer haben die andersdenkende Bevölkerung systematisch überfallen haben.

Das Reichsbanner hat einen Aufruf erlassen, in dem Klagges die Schuld für die blutigen Zwischenfälle zugemessen wird. Klagges habe in öffentlicher Versammlung das Wort gesprochen: „Der marxistische Mob müsse in die Schlupfwinkel zurückgedrängt werden.“ Diese Aufforderung hätten die Nazis als Freibrief aufgefaßt. Der Polizeiminister und sein Polizeipräsident seien gegenüber den Hilferufen am Leben bedrohter Einwohner taub gewesen. Niemand

Nazi-Heberfall auf das Siegniker Volkshaus

Sprengkörper-Attentat gegen die „Siegniker Volkszeitung“ (Näheres im schließlichen Teil.)

in Braunschweig verstehe, warum der von den Hitlerbanden terrorisierten Bevölkerung vom Reich keine Hilfe wurde. An den Hitlerparaden nahmen übrigens mit Helbentaten-Transparenten versehenen Flugzeuge der Bayerischen Verkehrsflugzeug-Gesellschaft teil. Der Pressedienst der Zentrumsparlei bemerkt zu den blutigen Vorgängen in Braunschweig: „Für die Reichsregierung erwächst aus den Braunschweiger Vorgängen die Pflicht, das neuerliche Vorgehen und die Vorstöße der NSDAP. gegen das „System“ auf das sorgfältigste

14. Oberwach und zu prüfen und dann aber auch alle Konsequenzen zu ziehen.

Braunschweig, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In den Abendstunden des Montag waren Kommunisten die großen Fensterheben der Kaufhäuser ein, die am Sonntag anlässlich des Nazi-Treffens geflaggt hatten. Die Polizei war halb zur Stelle und räumte die Straßen mit dem Gummiknüppel.

Braunschweig, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion des braunschweigischen Landtags richtete an den braunschweigischen Innenminister folgende parlamentarische Anfrage: „Nach Meldungen auswärtiger Zeitungen sind von der braunschweigischen Polizei Waffenscheine für auswärtige Nationalsozialisten ausgehändigt worden. Insbesondere soll der hannoversche Nationalsozialist und Sturmtruppenführer Korfemann in Braunschweig einen Waffenschein erhalten haben. Ich frage die Regierung: 1. Ist es wahr, daß Korfemann in Braunschweig einen Waffenschein erhalten hat? Wenn ja, warum? 2. Haben noch andere auswärtige Nationalsozialisten Waffenscheine erhalten? Wenn ja, wer?“

Am Montagabend wurde in Braunschweig in der Nähe des Amtsgerichts ein Auto, das mit Nationalsozialisten besetzt war, von zahlreichen Leuten aus der Altstadt mit

Antiquar und Sozialisten beworfen. Die Nationalsozialisten erwiderten mit mehreren Schüssen. Eine Arbeiterin wurde verletzt. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Der „Vorwärts“ zu den Ereignissen Der „Vorwärts“ schreibt zu den jüngsten Verhaftungen in Braunschweig: Die Reichsregierung muß sich im Klaren darüber sein, was die braunschweigischen Ereignisse bedeuten. Wenn eine Partei, die ganz offen nach dem Bürgerkrieg ruft, in einer Stadt 3000 Mann konzentriert, die dort Terror üben und sich von dort wieder ins Land ergießen, überall Unruhe und Zusammenstöße hervorrufen, so ist dies schon Provokation genug. Wenn diese Partei dabei aber noch Begünstigung durch eine Landesregierung erfährt, so wird die Provokation unerträglich. Die Reichsregierung muß die Vorgänge in Braunschweig auf das Ernsteste prüfen und dann ihre Folgerungen ziehen.

Die Ereignisse in Braunschweig sind die beste Illustration dazu, was eingetreten wäre bzw. eintreten würde, wenn die Sozialdemokratie die Nazis zur Macht gelassen hätte oder lassen würde. Dann würden in ganz Deutschland solche Zustände herrschen wie in Braunschweig und noch weit schlimmere. Vielleicht begreifen nun auch die kurzten SAP-Leute die Politik der SPD.

Einzigste Kriegsfreiwillige des polnischen Heeres in allen türkischen Graden und hervorragende Kämpfer der nationalistischen Unabhängigkeit Polens befanden, wurden dann in Breslau befreit. Auf das Schändlichste mißhandelt und erst wieder gelassen, als der Regierungsterror bei den Wahlen die absolute Mehrheit verschafft hatte. Über die Entrüstung dieser Vorgänge ging in Polen und im Ausland sehr tief. Die namhafte Anhänger der Regierung, weigerten sich, diese Lösung der schlimmsten Methoden aus der Zeit der zaristischen Fremdherrschaft zu deduzieren und schloßen sich der Protestbewegung gegen die Ausschreitungen von Breslau an. Das Mißverständnis suchte sich mit der Behauptung zu verteidigen, daß die handelnden Oppositionsführer staatsgefährliche Umtriebe angezettelt hätten, durch die außerordentliche Gegenmaßnahmen gerechtfertigt wären. Den Beweis dafür und gleichzeitig die endgültige Mundtotmachung der Opposition soll jetzt, ein Jahr später, politischer Klärungsprozess bringen, der in der letzten Oktoberwoche in Warschau beginnt.

Angelagt sind elf der bekanntesten polnischen Politiker, darunter der als polnischer Patriot wie als sozialistischer Kämpfer gegen jede Unterdrückung in der ganzen Sozialistischen Internationale angesehene Gen. Dr. Hermann Liebermann, ferner der frühere Kultusminister und Vorsitzende des litauischen Parteivorstandes, Gen. Robert Barlicki, die frühere Abgeordnete Gen. Dr. Adam Pragier und Gen. Dr. Adam Krakau, sowie die beiden Führer der polnischen sozialistischen Jugend Adam Ciolkosz und Stanislaw Dubois. Unter angeklagten Bauerführern befindet sich der frühere Ministerpräsident Wilos und der frühere Innenminister Dr. Kierulow.

Allen diesen grundsätzlich streng verfassungstreuen Politikern wird der vom Justizminister Michalowski, einem der Hauptkämpfer von Breslau, ausgesuchte Staatsanwalt eine Anklage zur Verurteilung zum gewaltsamen Umsturz, zur Nichtbefolgung gesetzlicher Anordnungen und zur Steuerverweigerung vor dem Kongress-Polen noch das alte russische Strafrecht aus zarischen Zeiten gilt, wird auch die Herabsetzung und Lächerlichmachung von Staatsbehörden inkriminiert. Eine ganze Anzahl der Verhandlungsreden und Zeitungs-Artikel ist zu diesem Zweck als Belastungsmaterial zusammengetragen worden. Das schlimmste Verbrechen der angeklagten Oppositionsführer ist aber die Veranstaltung eines öffentlichen Kongresses aller demokratischen Parteigruppen, der im Mai 1930 in Krakau stattfand und den damals selbst die dortige örtliche Mißwirtschafts-Presse harmlose Kundgebung ohne weitere Folgen beurteilte. In dem Anklage-Akt war diese vollkommen gesetzmäßige Demonstration aber etwas ganz anderes, nämlich die Vorbereitung eines bewaffneten Marsches auf Warschau!

Eine große Rolle spielte in der Anklageschrift die Verbindung der polnischen Sozialisten mit der Organisation sozialistischer Internationale. Aus einem Bericht des Gen. Wandersolde wird der Beweis für die furchtbare Tatsache entnommen, daß unsere polnischen Genossen ihren ausländischen Gesinnungsfreunden kritische Berichte über die politische Lage in ihrem Lande geschickt haben. Für eine Rede des Dr. Liebermann wird es als besonders belastend bezeichnet, sie auf einem internationalen Bergarbeiter-Kongress in Antwerpen gegenwärtig von englischen und anderen ausländischen Gewerkschaftsführern gehalten worden sei! Auch der Empfang von Zahlungen für ihre Organisationen aus dem Mateotti-Fonds der sozialistischen Internationale und aus den Rassen internationaler gewerkschaftlicher Fachverbände wird den Vertretern der polnischen Arbeiterbewegung als strafbare Handlung angekreidet.

Das alles könnte mehr lächerlich als traurig erscheinen, wenn den angeklagten polnischen Sozialisten und Demokraten solchen nichtigen Vorwürfen nicht gefährliche Stride gegenwärtig würden. Die Anklage bedroht sie mit Zuchthausstrafe bis zu zehn, ja teilweise bis zu 15 Jahren und selbst, im milderen Umstände gelten, mit mehrjährigem Gefängnis. Der Staatsanwalt des Mißwirtschafts-Regimes seine Behauptung vor Gericht erhärten wird, kann man schon nach der Liste seiner Zeugen weniger als 186 Zeugen annehmen; es sind zum größten Teil Polizei-Beamte und Polizei-Agenten, von denen einige schon in anderen Prozessen gegen sozialistische Arbeiter und Parteiführer dieselbe Rolle gespielt haben. Mit den Oppositionsführern bedroht dieser politische Konstrukt-Prozess auch die Freiheit der öffentlichen Meinungsäußerung in Polen. Sein Verlauf verdient daher internationale Beachtung.

Warum Hitler in die Arbeitgeberfront einschwenkte

Weil die Gewinnung der Arbeiterfront nicht gelungen ist — Enthüllungen eines früheren Mitgliedes der Reichsleitung der Nazis

München, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das offene Einschwenken Hitlers in die Front der industriellen und großagraren Reaktion gegen die Arbeiterschaft hat eine Vorgeschichte, die ihren Ausgangspunkt von einer Reichskonferenz der Naziführer im April dieses Jahres in München nahm. Der vor wenigen Wochen aus der Hitler-Partei ausgeschiedene mehrjährige Hilfsreferent bei der Reichsleitung, Freiherr von Red, teilt darüber interessante Einzelheiten mit.

Auf dieser Reichskonferenz erklärte Hitler am 27. April, daß man den Mob der Städte niemals gewinnen könne und darum den Kampf aufs Land hinaus tragen müsse. Diese Auffassung bildete dann tags darauf den Inhalt des Hauptreferats, das der neue Leiter der agrarpolitischen Abteilung der Nazipartei, Diplomalldwirt Darré, vor den versammelten Gauleitern hielt. Darré führte aus: Die Nationalsozialistische Partei sei zwar als Arbeiterpartei gegründet worden, doch sei die Erfassung der Arbeiterschaft vorbeigeklungen. Das Lumpenproletariat sei überhaupt nicht für die Partei zu begeistern. Die gegenwärtige Anhänger-Schicht bestehe vornehmlich aus wurzellosen Elementen, die man mit propagandistischen Methoden

sehr leicht gewinnen könnte. Es sei aber die Gefahr gegeben, daß man diese Leute ebenso rasch wieder verliere. Auf Asphalt-Menschen sei überhaupt kein Verlaß, und deshalb müsse die Propaganda der Partei aufs Land hinausgetragen werden. Dort sei zwar schwerer Boden zu beatern, aber die Erfahrung lehre, daß Menschen um so zäher an etwas festhalten, je härter nädiger der ursprünglich dem Neuen geleistete Protest in Erscheinung getreten sei. Der bodenständige Mensch, der deutsche Bauer, müsse das Rückgrat der Partei werden.

Die erste Folgerung aus dieser geheim betriebenen programmatischen Umkehr, die erst erfolgte, als die Spekulation auf den Arbeiter im wesentlichen gescheitert war, bildete die Herausgabe einer „Nazi-Bauernzeitung“, der nationalsozialistischen „Landpost“, zu deren Geleit Hitler den geistreichen Satz schrieb: „Der Nationalsozialismus wird entweder den deutschen Bauern erobern, oder er wird überhaupt nicht sein.“ Es bleibt also abzuwarten, ob die Hakenkreuzler mit ihren neuartigen demagogischen Spekulationen ein besseres Geschäft machen. Gelangt es ihnen in nennenswertem Umfang, dann werden sie schließlich daran gehen müssen, ihre schwindelhafte Firmierung als Arbeiterpartei endlich zum alten Eisen zu werfen. Der Gaubereiter in der deutschen Politik könnte das nur zum Vorteil gereichen.

Frankreich zeigt Hitler und Hugenberg die kalte Schulter

Trotz deren Liebedienerei vor Frankreich in den letzten vierzehn Tagen

Immer wenn die Nationalisten unmittelbar vor der Reichserhebung zu stehen glauben, bestreifen sie sich dem Ausland und namentlich Frankreich gegenüber einer sehr gemäßigten Tonart. Nicht nur, daß sie auf ihre gegenseitigen Angriffe gegen die „Feinde“ und auf ihre Drohung mit dem siegreichen Revanchekrieg verzichten, nein, sie bekennen sich sogar zur Verständigungspolitik. So war es unmittelbar nach dem Wahlerfolg der Nationalsozialisten 1930 und so war es jetzt wieder vor der Entscheidung im Reichstag. Damals überreichte Herr Hitler in Offenen Briefen mit Gustave Heron an, diesmal bekundete er in Harzburg seinen guten augenpolitischen Willen und ließ seinen Freund Fried im Parlament dieselbe Flöte blasen. Auch der Deutsche Nationale Schmidt-Hannover schloß sich diesen Werbungen um die Freundschaft des Auslandes an, und er vertieft sich dabei zu der Versicherung, daß eine ausgeprochen rechts orientierte Regierung draußen sehr viel mehr Vertrauen finden werde als das Kabinett Brüning.

Mag sein, daß die nationale Opposition mit solchen Behauptungen bei ihren minder intelligenten Anhängern Glauben findet, an den Stellen aber, auf die man Eindruck machen möchte, vernehmen sie ihre Wirkung vollständig. Jedenfalls erklärt der Pariser „Temps“, das Blatt, dessen Ansichten mit denen der französischen Regierung übereinzustimmen pflegen, Herrn Schmidt, daß er sich merkwürdige Illusionen über die Auffassung in den anderen Ländern und über den Eindruck von Kundgebungen wie der von Harzburg zu machen

scheine. „Aber die Tatsache, daß eine nationalsozialistische und nationalsozialistische Regierung in Berlin zur Herrschaft käme, würde genügen, um die ganze Welt zu überzeugen, daß keine nützliche Zusammenarbeit mit Deutschland möglich ist, und daß alles was man in dieser Richtung versuchen möchte, vergeblich sein werde.“

Damit sind die Bemühungen der nationalen Opposition um die Gunst des Auslandes wieder einmal gründlich gescheitert, und sie kann sich jetzt zumal da es mit der Uebernahme der Regierung einstweilen nichts ist, auf das ihr ja im Grunde auch viel sympathischeres Terrain der Hakenpropaganda zurückbegeben.

Der Prozeß gegen die polnischen Oppositionsführer

—m Warschau, 7. Oktober.

Als zu Beginn des polnischen Wahlkampfes im Herbst vorigen Jahres die bedeutendsten Führer der polnischen Oppositionsparteien aller Richtungen plötzlich verhaftet und nach der Festung Brest-Litowsk geschafft wurden, geschah das ohne jeden Rechtsgrund und unter Verletzung der in Polen geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die persönliche Freiheit. Die Verhaftungen, unter denen sich mehrere frühere Minister, zahlreiche

Bumann steht mich in wilder Verzweiflung an und schüttelt die Hände über seinem Kopf. Dann dreht er sich gegen Dunkelheit draußen und brüllt: „Alle müssen wir dran glauben! Alle! Alle!“

„Scht, scht!“ machen einige, die schon unter den Dedern liegen. Ich höre Boffins Stimme aus der äußersten Ecke der Kammer wo er sein Lager hat: „Dafür sind wir ja auch waterlantische Gejellen!“

„Water — lands — la — se Gejel — len!“ brüllt der noch wachenden Kameraden, zweimal, dreimal. Dumpp schaurig wie ein Geisterchor hallt es durch die Gendensbüchse draußen peitscht es gegen die Scheiben. — Es dauert Minuten, bis sich der Aufruhr gelegt hat. — Währenddessen Bumann einen alten Schemel gepackt und schlägt damit Wucht auf den Boden, bis er entzwei ist. Dann klemmt er die einzelnen Teile unter die Arme und ist anscheinend geworden. Er spricht wieder ganz gemessen und sachlich lächelt mich dabei sogar etwas an. „Brennholz für morgen jagt er, für die nächsten Kartoffeln.“ Er kommt wieder nahe an mein Lager heran und flüstert mit zusammengekniffenen Augen: „Is ja doch alles egal, Kamerad. Wenn's auch gescheit ist, ja doch egal. — Hör' mal zu! Ich weiß genau die Stelle Drahtgitter, wo wir durchkönnen. Wülste mit? Kartoffeln nach Ranst du auch schon wieder aufstehen? Versuch's mal nach.“ Er kommt noch näher: „Laß mal deine Uhr seh'n.“ Wir verhalten unsere Leuchttüren.

„Also Punkt halbsehn Uhr. Aber überleg es dir. trägt die Verantwortung für sich selbst, wenn's schief geht. Hunde schießen scharf! Es sind alles Bauernlämmel, die gehen. Die können keinen Kopf dämpfen, das weißt du ja. Denen kommt es auf einen verhungerten Proleten gar nicht an, wenn er auch ihr Kamerad ist. Se forscher sie sind, desto Ausflucht haben sie ja, hier zu bleiben und sich um den Kopf zu drücken. Na, aber hab' man keine Angst. Ich hab' alles ausprobiert. War schon zweimal nachts draußen mit. Da haben die Brüder auch nichts gemerkt. Aber du mußt ein Indianer schliefen können.“ Er sieht mich ernst an. Ich fühle plötzlich den Gesichtsmuskel warmer, geröteter toffeln im Munde. Da kann ich mich nicht mehr wehren: (Fortsetzung folgt)



Kriegsroman der Siebzehnjährigen

Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag G.m.b.H., Hamburg-Bergedorf

33. Fortsetzung
„Ich, Peter? Ich? Hahaha! Hlemplem! Für die da oben? Für die Halunken kann ich noch früh genug den Heldentod herben. — Was n' Quatsch überhaupt von dir!“ Er duckt sich plötzlich; denn die Barakentür wird aufgerissen. — Güttler, der Dienst hat, meldet laut: „Baracke 33, — ein Mann krank, sonst alles gesund.“ Des verhassten Sergeanten Schönfelds Stimme ist aus der Dämmerung vernehmbar. Nicht wird nicht mehr angemacht! In fünf Minuten alles schlafen gehen! Die Barakentür knarrt. Bevor sie zuschlägt, brüllt er noch, in der Dämmerung hebelnd: „Morgen früh sechs Uhr antreten mit Sturmgepäck! Uebung mit scharfen Handgranaten! Sch... ist nicht vor Angst in die Hosen, ihr Hammel!“ — „Kraach!“ schlägt die Tür zu. Neben mir taucht Bumann wieder auf: „Das wird ja sicher wieder ein heißer Tag, Peter!“, und etwas leiser fährt er dann fort, vor sich hin: „Weißt noch im vorigen Jahr, als wir auf der Höhenweide in Hamburg Fußball spielten? Du als Rechtsaußen. Mensch, was konntest du immer sein laufen! Und jetzt liegt da da... hast noch Schmerzen? Warr' mal, ich hol' dir noch schnell n' frisches Lappen.“ Er löst mir den Verband und bringt kein feines, spitzes, verhungertes Gesicht das nicht dicker wird und wenn er nach die viel Kartoffeln in sich hineinklopft, — duh! an das meine. Er ist ganz verändert, sieht mich fast fliegend an, seine Augen irrsühen: „Peter, kommen wir wohl wirklich noch raus? Sag mal, was meinst du? Immer mehr und mehr müssen wir lernen: Sturmangriff, Rascheneingewehr, und morgen schon Handgranaten.“ Er packt mich bei den Armen und preßt sie mit aller Kraft: „Peter, ich bin nicht feige, aber ich habe entsetzliche Angst vor der Front! Wenn ich das Wort nur höre! Gehst es dir auch so? Und wenn man bedenkt, wofür. Wenn wir wirklich wieder zurückkommen.“

Wir bleiben doch Proleten und werden hier nicht besser behandelt wie in anderen Ländern.“ Seine Augen werden ganz groß: „Ich wach' nichts manchmal auf. Dann kommen große, schwarze Vögel auf mich zugeflogen und umherlen mich, und einmal hatte ich einen ganz fürchtbaren Traum: Man warf mich in ein großes Loch, in dem schon viele tote Soldaten lagen. Adamszif lag drin, dem war der Kopf zerplatzt, seine Zunge hing schwarz und dick heraus, und Kils lag drin und Minulla, — die waren beide naht und schredlich verstümmelt und verrenten ichwehlich die harten Glieder, — und ich fiel mit dem Gesicht direkt auf Adamszifs Zunge... und dabei war mir, als sei ich noch gar nicht tot, Kamerad. Aber dann fiel Erde auf uns, immer mehr und mehr, bis es ganz finster wurde. Ich habe laut geschrien, — davon bin ich aufgewacht. Ich war nicht naht vom Schmerz, und als ich wieder zu mir komme, da fällt mir ein, was der Schinder damals zu uns sagte: „Zuschütten müßt man euch, ihr Schweinehunde!“

Er legt den Kopf auf den blutbesteckten Lappen, den er mir abgenommen hat und schluchzt und hat vergessen, daß er mir einen frischen Verband machen wollte. Ich ziehe ihm den Lappen leise aus der Hand; er merkt es gar nicht. Seine Ellenbogen stützt er auf die eiserne Kante meines Feldbettes, so daß mein Lager im Schütteln seines Schlupfens klappert. Er ist versunken in seinem Kampf mit den Gedanken an den Tod, mit den schredlichen Bildern seines Traumes.

Ich starrte über ihn hinweg durch die Fenster in die Dunkelheit draußen, in der es rauschend regnet, daß es an die Fenster prasselt.

So sieht der Regen wie die Tränen der unglücklichen Generation dieses Krieges mit den Tränen meines Kameraden, eines armen, unbekanntem Proletariats, der tief im Innern seiner jungen Seele fühlt wie die Tage seines kurzen Lebens vertropfen, wie ein verlöschendes Licht, das nicht sterben will...

Ja! Verflucht ist der Soldat! Er darf nicht einmal weinen...

„Bumann, hör' auf! Du machst mich ja ganz verrückt!“ Ich bin plötzlich außer mir vor Verzweiflung und spreche immer lauter, wir kommen nicht mehr raus! In Rußland wollen sie doch Frieden machen; denn wird der Krieg wohl bald ganz zu Ende sein.“ Ich ziehe ihn an den Haaren, die von seinen Tränen verklebt sind, hoch; aber ich fühle, wie ich gegen meine Ueberzeugung rede.

N.D.-Wahlerfolg in Schaumburg-Lippe

SPD. gewinnt, Nazis und Bürgerliche verlieren bei den Gemeindevahlen

Bielefeld, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)
 In den beiden Schaumburg-Lippischen Städten Bielefeld und Bielefeld fanden am Sonntag Gemeindevahlen statt, deren Ergebnis in mancher Hinsicht interessant ist. Zunächst bleibt zu bemerken, dass die SPD in beiden Städten gegenüber den Oktoberwahlen von 1928 zugenommen hat, während alle bürgerlichen Parteien zugunsten der Nationalsozialisten verloren haben. Immerhin ergibt sich, wenn man das Ergebnis von Stadt Bielefeld die letzten Landtagswahlen in Schaumburg-Lippe zugrunde legt, für die Nazis ein kleiner Rückgang. In Bielefeld haben sie ihre Stimmen ebenfalls nicht steigern

einzelnen hatten die Wahlen folgendes Ergebnis: Bielefeld: SPD. 1980 (1943), Staatspartei 510 (789), Bürgerliche 662 (216), Gemeinschaftsliste (Deutschnationale und Volksrechtler) 499 (851), Nationalsozialisten 1072 (bei der Landtagswahl 1112). Bielefeld: SPD. 633 (613), Staatspartei 320 (320), Bürgerliche 173 (-), Deutschnationale 502 (954), Deutsche Volksrechtler 420 (655), Nationalsozialisten 1109 (bei der Landtagswahl 1151).
 Es ist also festzustellen, daß die Sozialdemokratie ihre Stimmenzahl im Vergleich zur Landtagswahl erhöht hat, während die Nazis in Bielefeld verloren und sich in Bielefeld gehalten haben.

Groener über seine Absichten

Als Reichsinnenminister und als Reichswehrminister will
 Reichsminister Dr. Groener, der das Reichsinnenministerium und Reichswehrministerium angehört, sich am Montag einem Pressevertreter gegenüber die Aufgaben seiner beiden Ämter. Wir gehen nicht fehl in der Annahme, daß diese Äußerungen mit klaren Wendungen gegen Terrorakte insbesondere im Hinblick auf die jüngsten blutigen Vorgänge in Ostpreußen erfolgten. Reichsminister Groener erklärte: Wir müssen im kommenden Winter alle Kräfte anspannen, um den inneren Bestand des Reiches, die Macht des Staates und die wirtschaftlichen Grundlagen unserer Nation zu festigen, das deutsche Volk und mit ihm die Reichsregierung in der Lage ist in klarer Erkenntnis der Gefahr der Entschleunigung Opfer für eine freie Zukunft zu bringen. Diesen Leidgedanken, dem der Herr Reichsminister schon in seiner Reichstagsrede Ausdruck gegeben hat, müssen alle unsere Kräfte untergeordnet werden. Die Vereinigung wichtiger Kräfte des Reiches in einer Hand, ist heute als vorwiegend notwendig, die wir zur Stärkung und Befestigung der Autorität des Staates und zur Erfüllung der Aufgaben des Winters brauchen.

Als Reichswehrminister habe ich darauf gehalten, daß die Macht als sicherer Hort der staatlichen Ordnung unbeeinträchtigt den Wandlungen der Tagespolitik ihren Weg geht und schon durch ihre Existenz zum Ausdruck der inneren Sicherheit des Reiches und der Verfassung wird. An dieser Aufgabe der Wehrmacht ändert sich nichts. Ich lehne es ab, von dieser Linie abzuweichen und etwa die Wehrmacht als Polizeitruppe des Reichsministeriums verwenden zu wollen. Ihre vornehmste Aufgabe bleibt, den Staat gegen Angriffe von außen zu verteidigen und — trotz der unzulänglichen Mittel, die uns die Lage gelassen haben — der lebendige Ausdruck des Wehrwillens des ganzen Volkes zu sein. Ebenso wie ich als Reichsminister jeden Versuch einer Politisierung der Wehrmacht ablehne, werde ich als Reichsinnenminister dafür sorgen, daß die personelle Verbindung mit einem Minister, das vornehmlich die Aufgaben zu erfüllen hat, an der überparteilichen der Reichswehr nichts verändert.

Die Härter die politischen Spannungen im Inneren werden, über die Spaltung des Volkes in zwei Lager betrieben wird, wichtiger wird die Aufgabe der Staatsführung, alle aufbauenden Kräfte zu positiver Mitarbeit heranzuziehen. Das nächste Ziel erfordert aber, daß der Willkür in der politischen Führung Schranken gezogen werden, wenn sie auf gewalttätigen Umsturz der Verfassung und auf Vernichtung unseres Staatswesens und unserer Kultur im Bolschewismus gerichtet ist. Unsere Ehre besteht in der Bekämpfung von Verlogenheit, durch Denunziationen, bewillkommene Diffamierung des Ansehens des Deutschen Reiches und Bekämpfung einer politischen Kampfesweise, die in gemeiner Hebe und Verunglimpfung der Einrichtungen des Staates und seiner führenden Persönlichkeiten erschöpft. Das den des Deutschen Reiches erfordert, daß Terrorakte gegen politische Gegner und blutige Ausbelegungen von Volksgenossen unter-

einander unmöglich gemacht werden. Ich werde mich nicht scheuen, zur Erfüllung dieser Aufgabe im Notfall drakonische Ausnahmebestimmungen vom Herrn Reichspräsidenten zu erbitten.

In diesem Geiste werde ich die zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen erlassenen Verordnungen handhaben. Es wird meine Aufgabe sein, die gerechte Anwendung der Bestimmungen sicherzustellen. Ich hoffe dabei, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Presse, der politischen Parteien und Verbände durch die Achtung dieser Grenzen im politischen Kampfe unter das sachliche Ziel der Existenz und der Freiheit des Deutschen Reiches stellen und damit dem verfassungsmäßigen Recht der freien Meinungsäußerung seine Bedeutung wiedergeben. Dann wird es auch möglich sein, die Fülle der eintreffenden Bestimmungen abzubauen und die Grenzen politischer Betätigungsmöglichkeiten klarer zu gestalten. Ich erwarte davon eine größere Rechtssicherheit aller beteiligten Kreise und nicht zuletzt eine Freimachung der politischen Organe für ihre eigentliche Aufgabe. Es muß eine Ehrenpflicht der einzelnen politischen Gruppen werden, in ihren Reihen selbst Disziplin zu halten und Ausschreitungen zu verhindern. Dann kann sich die Polizei darauf beschränken, gegenüber Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten vorzugehen. Dafür werde ich allerdings mit meiner ganzen Kraft sorgen, daß, wenn die Staatsgewalt eingeseht werden muß, sie auch in aller Härte durchgreift. Die Polizeibeamten in ihrem schweren, aufopferungsvollen Dienst gegen Widerstände und Terrorakte zu schützen, betrachte ich als die Pflicht des Staates, zu deren Erfüllung die schärfsten Handhaben geschaffen werden müssen.

Je mehr wir einen fruchtlosen Kampf im Inneren vermeiden und verhindern, desto mehr können wir die Kräfte einsehen zur Überwindung der Not durch positive Maßnahmen. Eine der wichtigsten Aufgaben, die uns neben den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung der Notwinter stellt, sehe ich in der Linderung der leiblichen und seelischen Not der jugendlichen Erwerbslosen. Die organisatorischen Möglichkeiten und die Geldmittel für diese Aufgabe sind zu gering, um von Staats wegen allein wirksame Maßnahmen schaffen zu können. Allen Verbänden und Gruppen, die Jugendliche in ihren Reihen haben, erwächst die Aufgabe, in dieser Frage positive Mitarbeit zu leisten. Es wird die vornehmste Aufgabe des Reichsinnenministers sein, alle Bemühungen und Versuche, die gemacht werden, um die Jugend von der Straße wegzubringen, sie zu Zucht und Ordnung zu erziehen, sie körperlich zu ertüchtigen und in ihrer geistigen Haltung wehrhaft zu machen, so weit wie möglich zu unterstützen. Die in meiner Hand vereinigten Nachmittagskräfte sind stark genug, um der Betätigung der aufbauwilligen Kräfte im Volke weiten Spielraum zu lassen. Die Jugend braucht Ideale. Sie soll die Freiheit haben, für sie zu leben, wenn sie nicht gegen den Staat gerichtet sind, sondern auf Deutschlands Zukunft.

Krise in der Wirtschaftspartei

Der Gesamtverband der Wirtschaftspartei ist für Mittwoch, den 21. dieses Monats, nach Berlin einberufen worden, um sich mit der Haltung der Reichstagsfraktion der Partei bei der entscheidenden Abstimmung in der letzten Reichstagsitzung zu beschäftigen. In der nächsten Woche soll dann der Reichsausschuss der Wirtschaftspartei, ebenfalls in Berlin zusammentreten.

Zu dem Schritt des sächsischen Staatsministers a. D. Dr. Weber, der sein Amt als einer der Parteivorsitzenden der Wirtschaftspartei niedergelegt hat, wird an zuständiger Stelle versichert, daß die vierköpfige Parteileitung vor der Entscheidung im Reichstag beschloß, die Reichstagsfraktion zu ersuchen, unter allen Umständen geschlossen abzustimmen.

Auch in der Volkspartei große Gegensätze

Karlsruhe, 20. Oktober. (Eig. Funkbericht.)
 Die Parteileitung, Fraktion und Bezirksführer der Deutschen Volkspartei Baden saßen am Montag eine Entschliebung gegen die Haltung der volksparteilichen Reichstagsfraktion bei der Abstimmung über die Misstrauensanträge gegen Brüning. In der Entschliebung heißt es, daß das von der Mehrheit der Reichstagsfraktion ausgesprochene Misstrauensvotum gegen das Kabinett Brüning nicht die Zustimmung der Parteileitung, der Fraktion und der Bezirksführer des Landesverbandes Baden der Volkspartei finde.

Pfarrer, Edert in der SPD. und die religiösen Sozialisten

Vom Vorstand des Bundes religiöser Sozialisten wird uns geschrieben:
 Wie aus der Tagespresse bekannt ist, ist der Vorsitzende des Reichsvorstandes des Bundes religiöser Sozialisten Deutschlands, Pfarrer Edert, zur kommunistischen Partei übergetreten. Der Bund hat seine Mitglieder nicht die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialistischen Partei vorgeschrieben. Ausgeschlossen bleibt für die Mitglieder des Bundes die Zugehörigkeit zu einer bürgerlichen Partei. Die sechs Mitglieder des Reichsvorstandes gehören mit Ausnahme von Edert der Sozialdemokratischen Partei an. Das gleiche gilt für die Vorstände der einzelnen Landesverbände. Die kommunistische Partei hat bisher den Mitgliedern des Bundes religiöser Sozialisten den Beitritt verwehrt, sie hat mit dem Eintritt Ederts diesen Grundatz zum ersten Male aufgegeben und ihm die Freiheit seiner weltanschaulichen Überzeugung auch als Mitglied der SPD. zugestimmt. Der Bundesvorstand kann deshalb auch Edert den Beitritt nicht verwehren. Wohl aber ist der Bundesvorstand der Auffassung, daß eine andere Verteilung der Ämter zu erfolgen hat. Er ist deshalb der Vereinbarung beigetreten, die der badische Landesvorstand im Einvernehmen mit Edert getroffen hat. Danach übernimmt den Vorsitz und damit die Vertretung des Bundes nach außen Gewerkschaftssekretär Bernhard Göring-Berlin. Der Bundesvorstand hofft damit, die Einheit der religiös-sozialistischen Bewegung auch im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung zu erhalten. Er wird in aller Kürze wieder zusammentreten.

Wieder kommunistische Bluttat in Berlin

Am Montag abend gegen 22.30 Uhr zogen etwa 20 Kommunisten in der Schillingstraße in Berlin vor einem nationalsozialistischen Verkehrslokal und gaben dort mehrere Schüsse ab. Die Angeln drangen durch die Fensterscheiben und trafen einen 23jährigen Verkäufer, der Mitglied der NSDAP ist. Er brach mit schweren Arm- und Oberschenkelverletzungen blutungslos zusammen.

Der Vorfall spielte sich in wenigen Sekunden ab, so daß die Täter entkamen. Später wurden in einer Seitenstraße der Schillingstraße zwei Personen unter dem Verdacht der Täterschaft festgenommen und dem Polizeipräsidium zugeführt.

Was es mit dem Renommieren der Spalter auf sich hat

Der Bezirk Chemnitz-Erzgebirge der SPD, auf den die Spalter anfänglich einige Hoffnungen setzten, steht geschlossen zur Sozialdemokratie. Von den 27.000 Mitgliedern sind nicht einmal 30 der Parole der Spalter gefolgt.

Natürlich die Justiz!

Hannover, 20. Oktober. (Eigener Funkbericht.)
 Die Mehrzahl der am Sonntag bzw. in der Nacht zum Montag von Braunschweig zurückkehrenden und von der hannoverschen Polizei wegen Verstoßes gegen die Notverordnung verhafteten 150 Nazis wurde freigesprochen, nur wenige erhielten Geldstrafen von 10 Mark.

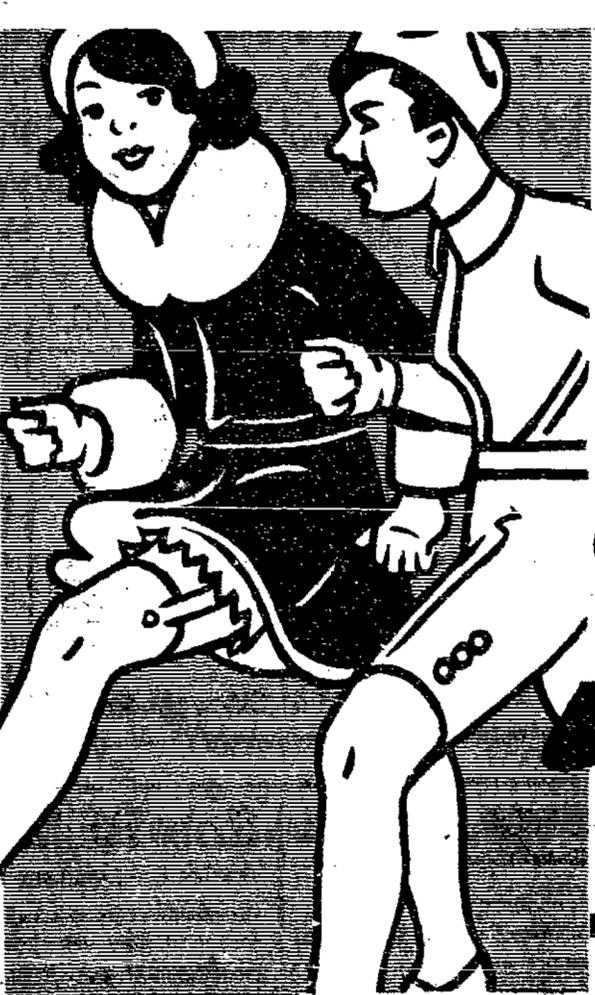
Die Verhandlung ergab, daß die mutigen Nazis während der Rückfahrt ihre Uniform durch Mäntel und hochgeschlagene Kragen unsichtbar gemacht hatten. Der Vorsitzende betonte deshalb, das Verbot des Uniformtragens besage lediglich, daß die Uniform nicht öffentlich getragen werden dürfe. Die Nazis hätten die Uniform auf der Rückfahrt unsichtbar getragen, so daß sie für Unbefugte von der Straße aus in den Autobussen nicht erkennbar gewesen wären.

Rüstungsausgaben der tschechoslowakischen Regierung

Die Rüstungsausgaben der tschechoslowakischen Regierung geben das Landheer mit 135.788 Mann und 10.221 Offizieren, die militärisch organisierten Verbände mit 12.647 Mann und 515 Offizieren sowie die Lufttruppen mit 6482 Mann an. Die aktive Dienstzeit im Heere beträgt 18 Monate zuzüglich 14 Wochen Reservierungen. Das Heer besitzt 546 Kriegsflugzeuge von einer Gesamtmotorenstärke von 263.069 PS. Für die aktive Armee wurden 1930 über 1,8 Milliarden Tschechen-Kronen und für die militärisch organisierten Verbände 275 Millionen Tschechen-Kronen ausgegeben, insgesamt 160,5 Millionen Reichsmark.

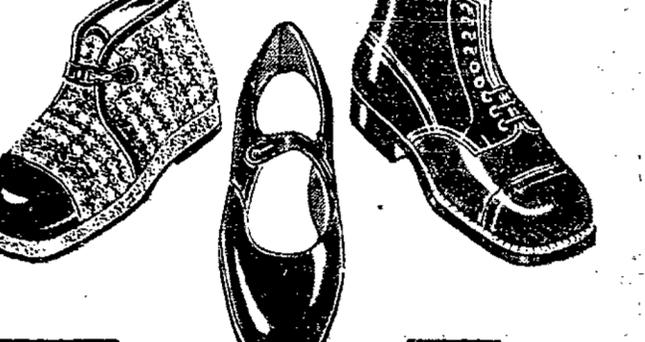
Jeden Mittwoch Kindertag

Von heute ab jeden Mittwoch besonders billige Angebote in Kinder-Artikeln. Jedes Kind erhält ein hübsches Geschenk



Aus unseren Sonder-Angeboten!

- Molliger Schnallenstiefel mit Filz- u. Ledersohle, fester Kappe und Leder Spitze 21-24 1.35 31-35 1.95
- 325
- Kräftiger Rindboxstiefel für Schule und Straße in d. Gr. 27-39 4.25
- Gr. 27-28. Derselbe in Lack Größe 27-28 4.45



Tack

Breslau 1 Ohlauer Straße 15 Fernspr. 56180
 Reuschestr. 47/48 Fernspr. 27420

Entspannung in Ostasien

Japan beginnt Konzessionen

Genf, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Situation im mandchurischen Konflikt beginnt sich sichtbar zu entspannen.

Der geheime Ratsitzung vom Montag lagen Nachrichten vor, nach denen inzwischen im Fernen Osten eine gewisse Fühlungnahme zwischen Chinesen und Japanern stattgefunden hat. Als Ergebnis dieser Verhandlungen wird die Wiederaufnahme des Betriebes auf der Bahnstrecke Mukden-Hailuung angefohlen. Andererseits haben die Japaner die beachtliche Landung neuer Truppen in Shanghai aufgegeben und ihre Bombenflugzeuge durch Beobachtungsflugzeuge ersetzt. Die diplomatischen Bemühungen Washingtons in Tokio und der Schritt der dreizehn Mächte auf Grund des Kellogg-Paktes dürften wesentlich zu diesen Ergebnissen beigetragen haben.

Der Optimismus der Ratsmitglieder nach der Montagsitzung beruht ferner auf die etwas konziliantere Haltung Japans in Genf. Tatsächlich scheint sich die Bereitschaft beider Parteien herauszubilden, dem Rat die Formulierung eines Einverständnisses zu ermöglichen, jedoch keine Entscheidung mehr gegen Japan notwendig sein wird. Auch die chinesischen Forderungen scheinen diesem Ziel näherzukommen. Das Arrangement dürfte auf der Basis der Anerkennung der Verträge, also des Verzichtes Japans auf seine ursprüngliche weitergesteckten Pläne und ganz bestimmter Garantien Chinas ohne Reparationen zustande kommen und zwar mit einer gewissen Garantie des

Völkervertrages für die Durchführung von beiden Seiten, die durch Einzelbeauftragter der Mächte kontrolliert werden soll.

Die Generalratswahlen in Frankreich

Die Sozialisten haben nicht schlecht abgeköhnt

Paris, 20. Oktober. (Eig. Funfbericht.)

Nach einer vom Innenministerium veröffentlichten Statistik über die Wahlen zu den Generalräten sind von 89 Senatoren, die Kandidaten waren, 82 am Sonntag gewählt, einer ist geschlagen worden. Ueber die übrigen sechs entscheidet die Stichwahl am nächsten Sonntag. Von den 181 Kandidaten aus der Abgeordnetenkammer sind 137 wiedergewählt worden, 25 sind unterlegen. Die restlichen 19 kommen in die Stichwahl. Von den sozialistischen Kandidaten sind alle Senatoren gewählt; neun Abgeordnete dagegen geschlagen worden, sieben Abgeordnete kommen in die Stichwahl.

Wenn der Prozentsatz der nichtgewählten sozialistischen Abgeordneten auch ziemlich hoch ist, so hat die Sozialistische Partei nach dem jetzt vorliegenden genauen Wahlergebnis im allgemeinen doch nicht schlecht abgeköhnt. Bisher besaß die Sozialistische Partei in allen Generalräten Frankreichs 127 Vertreter. Bei den Wahlen am Sonntag sind 102 Kandidaten wiedergewählt und 24 Sitze neu gewonnen worden, so daß die Partei schon nach dem ersten Wahlgang über 126 Sitze verfügt. Da bei der Stichwahl sicherlich noch zahlreiche Kandidaten durchkommen werden, dürfte man

die Wahlen zu den Generalräten für die nächsten mit einem Gewinn abschließen. Leon Blum kommentiert im „Populaire“ Niederlage. Er erklärt sie damit, daß ihm außer dem nichtigen nur noch ein zahlreicher Kandidat gegenüber den die ganze Reaktion gestimmt habe.

Die Handelsverträge mit Ungarn und Rumänien

Die Reichsregierung beabsichtigt, die Handelsverträge mit Ungarn und Rumänien möglichst in Kraft zu setzen. Die Verträge werden deshalb den Reichsrat nicht passieren.

Deutschland hat Ungarn und Rumänien bestimmte Getreidekontingente gewisse Vorteile eingeräumt, während deutsche Waren in Ungarn und Rumänien ein Meistbegünstigungsrecht in Ungarn und Rumänien genießen. Die Verträge haben während der Genfer Verhandlungen die Zustimmung des Völkervertrages gefunden. Die Reichsregierung hat alle interessierten Staaten die Anfrage gerichtet, ob die Verträge, die dem Meistbegünstigungsrecht widersprechende Anwendungen zu machen habe. Diese Frage war notwendig grundföhrlich die Gewöhr von Vorzugszöllen eine Durchbruch des Prinzips der Meistbegünstigung darstellt. Die Mitglieder der beteiligten Staaten hat gegen die Einführung des neuen Handelsvertragsystems keinen Einspruch erhoben, zumal eine direkte Schädigung der anderen Lieferländer dadurch ausgeschlossen ist, daß Rumänien und zu Vorzugszöllen nur solche Getreidemengen einföhren dürfen, den normalen Export nach Deutschland nicht übersteigt. handelt sich bei Ungarn um Vorzugszölle für Weizen, bei Rumänien um Vorzugszölle für Roggen, Weizen und Mais.

WAPPENHOF
Heute ab 4 Uhr:
Gr. Nachmittags-Vorstellung
mit dem Internationalen Varieté-Programm:
Leopold Büren / Walter Bernhardt / Original Leopoldi
Ernst Waller / Ernesty-Trio / Cassanelli / Tante Lena
Emmy Hansen / Ellen Engla u. Lilly Beriaz / Lew
und Ritz / Wappenhoftruppe. — Ab 8 Uhr:
Abendvorstellung
Kapellen BALL Kapellen
Eintritt: Nachmittags 30 Pl., abends 50 Pl.

Gesellschaftshaus Silesia, Neudorfstr. 54
Heute **Ball** • Herren u. Damen engagieren!
Dienstag

Deckbetten Sletzt
15. — 20. — 25. — u. 35. — 40. — 45. — 50. —
Kissen 5. — 6. — u. 7.50 M.
Leihhaus Delsnerstr. 121.

Geld bringt auf Pfänder
Leihhaus Gröhrstr. 9
3 Minuten vom Hauptbahnhof

Kleine Anzeigen
sind in der **Volkswacht** billig u. erfolgreich

Robnungen
1 feinstufiges Zimmer
Jeer oder möbl. zu vermieten
Offert und Z. 2. 6 a. b. Ang.
Annahme Matthiasstr. 106.

Kleine Anzeigen
und romprei bereite einpolige Anzeigen von Verleuten, Kaufleuten u. a. nur von Privat. Wort 3 Pfennige. — seit 4 Pfennige.

1 schöner Eiserofen billigst zu verkaufen. Frau Katterle, Weißgerbergasse 26, II. links, Ecke Engelsb. 19. 63-3

Wettes 140 cm l. Kinder-Hopfbett mit Matratze, billig zu verkaufen, a. Gaslach 5. Fetter, Gärtnerweg 5 am Lehmhamm

Volkstümliche Arztkunde
Jeder Band nur **Mk. 2.-**
Dr. Kieling: **Heilung von Magen- und Darmkrankheiten.**
Dr. Hoppe: **Krampladern und Hämorrhoiden.**
Dr. Hoppe: **Heilung von Rheuma u. Gicht.**
Dr. Hoppe: **Sexualleiden.**
Dr. Hoppe: **Ueberwindung der Wechsellahre.**
Dr. Sternheim: **Bekämpfung der Arterienverkalkung.**
Dr. Sternheim: **Bekämpfung der Koronenz.**
Zu haben in den **Volkswacht-Buchhandlungen Breslau**
Neue Graupenstraße 5 :: Flurstraße 4-6.

Adamynin bei **Rheuma, Nierenleiden** etc., in allen Apotheken erhältlich
Carl Adamy Breslau, Bismarckplatz 3 (Mohren-Apothek)



Ein anspruchsvoller Leserkreis

bringt alle Spalten unseres Blattes loses Interesse entgegen. Nicht nur redaktionelle Teil wird aufmerksam gelesen, auch die Ankündigungen der zeigenteiles werden sorgföhrig studiert wirtschaftlich eingestellte Leser werden durch Anzeigenraum anbietende mann den höchsten Dienst am Kund erfüllt. Der Leser weiß auch, daß durchgeführte Anzeigenwerbung die verbilligt, ganz abgesehen von den nehmlichkeiten, die die häusliche Mprüfung bietet.
Wer nach dem Anzeigenfahrplan fährt gut!

Verkauf von gebrauchten Ripp- (Müll-) und Leiterwagen.
Mittwoch, den 28. Oktober, 11 Uhr, werden im Hofe der Marktallmiederlage, Neudorfstraße 16/18, gebrauchte Müllwagen und 3 Leiternwagen meistbietend gegen sofortige Barzahlung veräußert.
Breslau, den 16. Oktober 1931.
Der Magistrat.

480
Das Europa-Buch
Zu haben in den **Volkswacht-Buchhandlungen Breslau**
Neue Graupenstraße 5 :: Flurstraße 4-6

Wir empfehlen uns besten

Die Kreis-Spar- u. Girokasse des Landkreises Breslau Weidenstraße 15
nimmt **Spareinlagen** in jeder Höhe zu günstigen Bedingungen entgegen

Klischees Carl Geiks & Co. BRESLAU
Bilder **Einrahmungen** Spiegel
Billigste Preisstellung bei **Paul Labestlin, Breslau, Bahnhofstr. 13**
Berücksichtigt unsere Inserenten

Druckerei »Volkswacht« fertigt **moderne Drucksachen**
Breslau 2, Flurstraße 4/6
Für Drucksachen u. Inserate **Schönhals Klischees**
Breslau 1, Reuschestr. 5

Wein ist billig!
Wer deutschen Wein trinkt, hilft den notleidenden deutschen Weinbauern
Bevorzugen Sie **Raiffeisen-Weine!**
Zu haben zu Originalpreisen in vielen Kolonialwaren- und Delikatessengeschäften, auch in der Provinz, sowie im Hauptbüro der Raiffeisen-Weinkellerei, Breslau, Junkerstraße 41/43

Schlesische Mühlenwerke
Aktiengesellschaft Breslau
Hervorragend gute Weizen- und Roggenmehle
Spezialität: **Auszugmehl „Schneeflocke“**
erhältlich in allen Verkaufsstellen des Konsumvereins „Vorwärts“

Reinhard Bischoff
Herdaustraße 69 und Augustastraße 9
Tel. 391 72 u. 504 26
Kraftwagen-Reparatur-Werkstätten

Gaskoks
der gute Brennstoff für Zentralheizungen und Füllöfen.
Zu beziehen durch **Städt. Gaswerke**
Telefon 384 61 oder durch die Kohlenhändler

BLUMENSCHULZ
Id. 2345 • Robert Schulz, Breslau 2 - Id. 2346
Atelier für moderne Blumenbinderei
Gartenstraße 98 gegenüber Hauptbahnhof, im Hotel Kronprinz u. Zweiggeschäft Neue Taschenstraße 24.

Fritz Netzelmann, Breslau 23
Steinstraße 155 (Ecke Hubenstr.) :: Tel. 363 95
Werkstätten
Auto-Reparatur :: Auto-Licht :: Ladestation

Rob. Füllborn Nachf.
Breslau 1 : Altbüßerstr. 12 : Tel. 547 19
Fachgeschäft für Fenster- u. Türbeschläge in modernst. Art
Dreh Türbeschläge : Überlichverschlüsse : Türschließer

Paul Handke Maurer Hoch- und Tiefbau
Inhaber: Oppelt & Markus
Gegr. 1887 Breslau 1, Vorwerkstr. 44 Tel. 570
Maurer- und Zimmereibetrieb, Wohnungsbau, Guachten, Entwurfsbearbeitungen, Raubarbeiten

Inflation?

„Sozialdemokratie u. wirtschaftliche Zukunft“
 Darüber spricht morgen Mittwoch, 19.30 Uhr, in einer
 Mitgliederversammlung **Kurt Heinig** M.
 der S. P. D. Genosse im Gewerkschaftshause, großer Saal

Wie sie „arbeiten“!

Die unbestreitbare Tatsache, daß sich die überwältigende Mehrheit der Breslauer Sozialdemokraten hinter die Sozialdemokratische Partei stellt und das Verbrechen der Spaltung entsetzlich zurückweist, macht den Spalterner außerordentliche Kopfzerren. Sie sehen wohl selbst ein, daß ihr Spiel verloren ist und versuchen zu retten, was zu retten ist.

Dagegen wäre an sich nichts zu sagen, man kann ja schließlich nicht erwarten, daß sie gleich nach Eröffnung des „Häufels“ schon freiwillig Konkurs anmelden. Gegenüber uns aber müssen wir wachen, das ist die Art der „Aufklärungsarbeit“, wie sie in den einzelnen Stadtteilen geleistet wird.

Es gehen uns eine große Anzahl von Spalterner zu, die wir zur Kenntnis der Mitglieder zu bringen uns für pflichtig halten.

Da wird erzählt, die Sozialdemokratische Partei zahle keine Sterberückstellungen mehr! Das ist natürlich unklar und soll wahrscheinlich die Sache verschleiern, daß der neue Laden ein ähnliches zu bieten hat.

Da wird weiter erzählt, die neue Leitung der Spalter erscheine anstelle der „Volkswacht“. Das ist natürlich ein großer Schwindel! Die „Volkswacht“ ist und bleibt das alleinige Organ der werktätigen Bevölkerung wie bisher.

Dann bekommen neue Mitglieder, die nur der Spaltung ihren Einfluß in die Sozialdemokratische Partei vollzogen haben, einfach Mitgliedsbücher der neuen Spalterpartei zugewiesen. Dem Bemerkten, das sei jetzt die Sozialdemokratische Partei! bitten alle neu gewordenen Mitglieder, diesen großen Versuch energisch zurückzuweisen und sich bei uns im Sekretariat sofort zu melden.

Auch tauchen braune SPD-Marken auf, die bei uns im Jahre 1928 geklebt worden sind und keine Gültigkeit haben.

Wir warnen eindringlich vor dem Kauf dieser ungültigen Marken und bitten um sofortige Namensfeststellung des angeblichen Käufers.

Dann werden namentlich älteren Genossinnen und Genossen ihr Einverständnis die ominösen roten Querstreifen mit Aufschrift „SPD“ auf das Buch geklebt. Uns liegen solche Marken vor, deren Inhaber entschieden bestreiten, sich zur neuen

Spalterpartei zu betennen bzw. ihre Einwilligung zu dieser Verhinderung ihres Buches gegeben zu haben.

Wieder andere kommen mit den alten ungültigen roten oder grauen Funktionärskarten und Versuchen, Marken der SPD los zu werden. Vielleicht verfallt man auch noch auf andere Tricks, um das banterotte Geschäft zu heben, weshalb wir alle

Distrikt 41

**Sozialdemokratische Partei
Groß Breslau**

AUSWEIS

**Inhaber ist zur Entgegennahme
von Beiträgen berechtigt**

**Sozialdemokratisches
Partei-Sekretariat Groß-Breslau**

Mitglieder um allergrößte Vorsicht bitten!

Die allein gültigen Marken sind diejenigen wie bisher und werden nur am Jahreschluss gewechselt. Sie tragen nach wie vor die Buchstaben SPD und dürfen nur von Kassierern angefordert werden, die sich mit folgender Funktionärskarte mit dem Stempel: „Sozialdemokratisches Partei-Sekretariat Groß-Breslau“ in der rechten unteren Ecke ausweisen können.

Die Karten sind von grüner Farbe mit einem dicken roten Querstreif von links unten nach rechts oben und roter Schrift wie obiges Muster.

Nur die Inhaber dieser Karten sind beauftragte Funktionäre der SPD und zum Kassieren berechtigt.

Ortsverein Groß-Breslau.
Sozialdemokratische Partei. Bretthorft.

Die Partei im Nikolaitor
Bereits die Hälfte der Mitgliedschaft bis jetzt treu zur Partei erklärt

Die Auswirkungen der Parteispaltung lassen sich auch in dem am stärksten bedrohten Stadtviertel einigermaßen übersehen und das sich dabei ergebende Resultat ist kaum dazu angetan, die SPD laute Jubelfestreden anstimmen zu lassen.

Keiner der 9 Distrikte im Nikolaitor ist restlos verschwunden oder übergetreten. Ein in den Distriktsversammlungen neu zusammengesetzter Funktionärstab der manchen bisherigen oder früher tätig gewesen Funktionär unjährt, ist noch eifrig dabei, die gesamte Mitgliedschaft um ihre Stellungnahme zu ersuchen und obwohl die Entscheidung jedes einzelnen Mitgliedes noch nicht übersehen ist konnte doch in der für gestern abend einberufenen Abteilungsversammlung aus den Berichten der einzelnen Distriktsführer eine Uebersicht zusammengestellt werden, die immerhin schon die Formierung umreißt. Von zirka 2800 Mitgliedern haben bereits mehr als 1200 ihr Treuebekenntnis für die Sozialdemokratische Partei abgegeben. Der Kreis derer, die sich noch nicht restlos entschieden haben, ist aber noch so groß, daß mit einem Verbleiben von mehr als der Hälfte der bisherigen Mitgliedschaft gerechnet werden kann.

Dieses an sich immer noch betrübliche Ergebnis bejaugt selbstverständlich nicht, daß nun auch die SPD im Nikolaitor etwa 1400 Mitglieder müßten kann. Wenn sie genau so offen ihre Mitgliederposition herausstellen sollte, wird sich erst zeigen, welches Unheil mit dem Dogma „neue Partei über alles“ angerichtet worden ist.

Bei dieser Erörterung ist es übrigens nicht uninteressant, zu berichten, daß ein anfangs zur SPD übergetretener Distriktsführer inzwischen von dem Wirken der neuen Partei so begeistert wurde, daß er schleunigst wieder zur Sozialdemokratischen Partei zurückgekommen ist.

Wir glauben, daß noch mancher, der sich im Augenblick bei seiner Entscheidung von gefühlsmäßigen Stimmungen leiten ließ, zur gleichen Erkenntnis kommen wird.

Die Frauen stehen fest zur Partei

In einer Frauenversammlung des Distrikts 22 sprach gestern abend Genossin Paula Maschel vor 77 Frauen. Einen solchen Besuch von Frauen hat dieser Distrikt in den letzten Jahren überhaupt noch nicht erlebt. Die Diskussion war außerordentlich reger. Sämtliche anwesenden Frauen verurteilten auf das schärfste den Versuch der Parteispaltung und erklärten, daß sie geschlossen hinter der Sozialdemokratischen Partei und den Maßnahmen des Partei- und Bezirksvorstandes stehen. Vier Neuaufnahmen waren zu verzeichnen.

Tragischer Unfall eines Gastwirts
Sich selbst in die Brust geschossen

Auf recht tragische Art verunglückte in der Nacht zu Sonntag der Gastwirt Robert J. aus Rosenthal. Gegen 3 Uhr morgens hörte er in seiner über dem Lokal gelegenen Wohnung plötzlich die Alarmglocke läuten, die sich in jenem Lokal befindet. Er nahm an, daß eingebrochen würde, bewaffnete sich deshalb mit seinem Trommelrevolver und ging die Treppe hinunter, während seine Ehefrau oben am Treppenaufgang wartete. Plötzlich trat ein Schuß und die Ehefrau fand, als sie ebenfalls in die Wirtschaftsräume ging, ihren Mann schwer verletzt in der Küche liegend. Er hatte einen Brustschuß und mußte sofort in das Georgs-Krankenhaus eingeliefert werden. Am Montag früh konnte der Verletzte vernommen werden und gab an, daß er die Pistole haben spannen wollte. Er habe die Pistole dabei gegen seinen Körper gehalten und plötzlich sei der Schuß losgegangen. J. war dann noch durch sein Lokal gelaufen und in der Küche zusammengebrochen. Jemand eine Spur von einem verjuchten Einbruch fand sich nicht und es wird angenommen, daß die Alarmglocke durch eine andere Erschütterung ausgelöst worden ist.

Der Verletzte, der auf so tragische Art einen Lungenstichschuß erlitt, ist glücklicherweise nicht lebensgefährlich verletzt.

Was will die Alwa?
Eine grundsätzliche Betrachtung

Die Organisationen der Arbeiterbewegung rufen, werben, um ihre Reichen.

Warum? Wirtschaftskrise, Massenelend und ein erschreckendes Erwerbslosentum geben den privatkapitalistischen Verbrechen und Sozialreaktionen günstige Gelegenheiten, um frecher aufzutreten, mehr und mehr zurückzuführen von erkämpften sozialen Rechten des Volkes.

Zu den Rechten des Volkes gehört auch die Arbeitslosenversicherung. Diese ist dem privatkapitalistischen Handel ein Dorn im Auge.

Etwa darum, weil in diesen Eigenbetrieben der Konjunktur, der Mensch, dem dem produzierende Betrieb lebt, als Person in den Verwaltungsapparat (Vertreter, Genossenschafts- oder Aufsichtsrat, Mitgliederversammlung) zur Wahrung der Interessen wichtige Mitarbeiterfunktionen inne hat?

Stört den privatkapitalistischen Handel die demokratische Mitbestimmungsrechte der Arbeiter?

Uns scheint es notwendiger wie je zuvor, denn gerade das bestehende Mitbestimmungsrecht der Konjunktur in den Gewerkschaften, die dadurch mögliche ständige Ausgleichung von Konsumtionsinteressen, die Ruhbarmachung der Kräfte aus dem Volke, hat in Deutschland den Fall noch zu entsetzen lassen, daß Arbeiterunternehmen den Staat um Pensionen anbeteln mußten.

Das sind von Marxisten geleitete Betriebe, im Gegensatz zu den von Anarchisten und nationalen Wirtschaftsführern, wie in (Nordwolle), Dietrich (Raiffeisen), Cremer (Aheim), in Grund und Boden geführt worden sind. Profit- und Spekulationswut eines einzelnen, einer kleinen Gruppe Kapitalisten, sind ständig die Hauptursachen der Krach.

Spekulation? Eine Arbeit für Menschen, die nur mit mühseligen Gewinnen, Profite erraffen wollen. Uebelstes Prozedere an der menschlichen Gesellschaft. Von der Vernichtung, auch Laune solcher Menschen, genannt Kapitalisten, von vielfach Millionenwerte und damit tausende kleine Menschen ab.

Warum wir davon schreiben? Weil in den Arbeiterbetrieben jegliche Spekulation unmöglich ist. Weil Konjunkturprodukt gemeinsam den Verwendungszweck aller erzielten Gewinne bestimmen!

Arbeitergelder werden in unseren Betrieben nur im Interesse verwandt. So für den Siedlungs- und Kleinwohnungsbau, für Schulen, Krankenhäuser, für Notstandsbanken usw.

Soll noch erwähnt werden, daß die Produkte der Eigenbetriebe vorbildlich sind in Qualität und Preis?

Um all diese wichtigen und grundsätzlichen Dinge will die Arbeiterwirtschaftsausstellung der 10 Arbeiterbetriebe erinnern. Sie fordert alle schaffenden Menschen auf, zu arbeiten am Ausbau der Eigenbetriebe.

Starke Arbeiterbetriebe bedeuten Stärkung der Arbeiterbewegung, Schaffung weiterer Arbeitsplätze und damit Verankerung der Rechte der arbeitenden Menschen und Schwächung der kapitalistischen Herrschaft.

Den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, ist die Ausstellung im bescheidenen Rahmen gehalten. Und doch ist der Ausschnitt, den die Betriebe geben, ausreichend, ja interessant.

Bis zum 22. Oktober einschließlich ist die „Alwa“, Arbeiter-Wirtschaftsausstellung, täglich von 10 bis 21 Uhr geöffnet. Eintritt frei. Eine Reihe von Ausstellern haben wertvolle Geschenke für eine Gratis-Auslosung zur Verfügung gestellt. Betriebsräte und Vertrauensmänner sorgen für Besuch ihrer Angehörigen.

Deine Betriebe erwarten dich!

**Sozialdemokratische Stadträte
und Stadtverordnete**

Dienstag, den 20. Oktober, 20 Uhr, findet im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses eine Fraktionsitzung statt. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Wie fordern ausreichende Hilfe gegen die Not der erwerbslosen Neubausmieter!

Vor allen anderen Mietern sind die Mieter in Neubaugewohnungen ganz besonders benachteiligt. Die hohen Mieten, welche in Breslau in gar keinem Verhältnis zu dem außerordentlich geringen Einkommen stehen, erdrückt allmählich selbst die Mieter, welche noch Gehalt und Lohn beziehen. Zu einer Katastrophe entwickeln sich die Verhältnisse bei den erwerbslosen Neubausmietern. Während dem Vermieter immerhin der Erlaß der Hauszinssteuer und darüber hinaus Beihilfe vom Wohlfahrtsamt bewilligt werden kann, ist dies bei dem Neubausmieter nicht der Fall. Abgesehen von geringen Ausnahmen mußte der Neubausmieter bisher auch im Falle der Erwerbslosigkeit die volle Miete bezahlen. Da dies in der Praxis unmöglich, war der Erfolg regelmäßig, daß der erwerbslose Neubausmieter nach kurzer Zeit in die Gefahr geriet, seine Wohnung zu verlieren. Durch einen Magistratsbeschluss sollten nunmehr die erwerbslosen Neubausmieter ab 1. August 1931 vom Wohlfahrtsamt betreut werden. Bereits bei der Erledigung der ersten Fälle wurden ernste Bedenken laut. Da jedoch die Möglichkeit eines Einspruches für den Neubausmieter bestand, sind zunächst die ersten Entscheidungen der ersten Sitzung des Einspruchsausschusses abgewartet worden. Dieser Ausschuss hat nunmehr getagt, und man kann über seine Tätigkeit nichts anderes sagen, als daß sie eine Katastrophe bedeutet. So wurden beispielsweise in folgenden Fällen Mietsbeihilfe abgelehnt: 1. Familienstand vierköpfige Familie, 135,40 Mark Familieneinkommen, 60 Mark Miete. 2. Kinderloses Ehepaar, monatliche Unterstützung 57 Mark, Miete 50 Mark. 3. Alleinlebende Frau, 44 Mark Unterstützung, Miete 40 Mark. So können diese Fälle fortgesetzt werden. In allen diesen Fällen sollen die Mieter die volle Miete bezahlen! Man gibt diesen Mietern nicht einmal die Möglichkeit, sich nach einer anderen Wohnung umzusehen. Der Vorsitzende des Ausschusses, ein Beamter des Wohlfahrtsamtes, erklärte einfach, daß diese Mieter in möblierten Zimmern Unterkunft finden könnten! Unsozialer kann man sich wirklich nicht einstellen.

Der Magistrat kann versichert sein, daß diese Entscheidungen unter den tausend Mietern, welche ungefähr in den Breslauer Neubaugewohnungen notleidend geworden sind, die größte Erregung hervorrufen werden. Es geht um die Erhaltung des Heims und der Familie! Die erwerbslosen Neubausmieter sind nicht gewillt, sich beides widerstandslos rauben zu lassen. Die Mieterchaft hat Verständnis genug bewiesen. Wenn man ihren Notstand verständnislos gegenüberstellt, darf man sich nicht über Verzweiflungsschritte der Neubausmieter wundern, welche die Grundlagen ihrer Existenz bedroht sieht, wunden zu.

Der erweiterte Vorstand des Neubausmieterverbandes Breslau e. V. nahm in seiner erweiterten Vorstandssitzung zu diesen Dingen Stellung. In dieser Woche werden die erwerbslosen Mieter in den Siedlungen und Neubaugewohnungen zu der Lage Stellung nehmen. Die Vorstandssitzung nahm folgende Entschlüsse an:

„Der erweiterte Vorstand des Neubausmieterverbandes Breslau e. V. erhebt gegen die Regelung betr. Gewährung von Mietsbeihilfen an erwerbslose Neubausmieter schärfsten Protest. Die Regelung ist geeignet, Verzweiflung in die Reihen der um ihr Heim und um ihre Familie kämpfenden Mieter zu tragen. Der Vorstand warnt eindringlich alle zuständigen Stellen, auf dem beschrittenen Wege vorwärtszuschreiten und fordert ausreichende Hilfe für die erwerbslosen Neubausmieter. Die Mieterchaft fordert der Vorstand auf, sich geschlossen hinter den Verband zu stellen, um die Erhaltung der Wohnung, die Grundlage der Existenz zu sichern.“

Breslau 5
Preußenlose Arndt am Taunusplatz
 1/8 5.—, 1/4 10.—, 1/2 20.—, 1/1 40.— Mk. Postscheck Breslau 2571

An der Kreuzung Herrenstraße, Nikolaistraße diesen Montag morgen der motorisierte Steinleger Sch. vom Schwaben...

Alter Mann umgefahren

An der Ecke Brunnen- und Lohstraße wurde gestern mittag der 81jährige Gärtner Kupczak aus der Bohrauer Straße...

Bei der Arbeit vom Tode überfallen

Als am Montag nachmittag der 57jährige Arbeiter Wilhelm W. Bickertenthal 27 in der Scheitniger Straße damit beschäftigt war, Kohlen abzuladen...

Gespinn eines Leichenwagens geht durch

In der Kreuzung Schweidnitzer Stadtgraben und Schweidnitzer Straße fuhr gestern nachmittag ein Auto in einen Leichenwagen hinein...

Vater und Tochter durch Gas vergiftet

In Deutsch-Wissa wollte am Montag vormittag eine Frau in der Wohnung des 43 Jahre alten Angestellten Erik F. vor sprechen...

Falsche Reichsbanknoten über 100 Reichsmark

Von dem im Umlauf befindlichen Reichsbanknoten über 100 Reichsmark mit dem Ausgabedatum vom 11. Oktober 1924 ist eine neue Fälschung festgestellt worden...

Sozialistische Studentenschaft

Es ist dem Vorstand der Sozialistischen Studentenschaft, Ortsgruppe Breslau, bekannt geworden, daß seine Erklärung in der gestrigen Ausgabe der 'Volksmacht'...

Magistrat und 'Doppelverdiener'

Die Frage der sogenannten 'Doppelverdiener' hat in den letzten Monaten nicht nur die Öffentlichkeit, sondern seit geraumer Zeit auch den Magistrat beschäftigt...

Aus den Arbeitsgebieten der städtischen Tiefbau- und der Straßenbahnverwaltung

Die Tiefbauverwaltung läßt in der laufenden Woche eine Reihe von Straßenbauten durchführen...

Vom Flughafen Breslau. Nach einer Mitteilung der Deutschen Luftschiff-Gesellschaft, Berlin...

Wahrung! Betriebsräte und Vertrauensleute!

Täglich steigert sich die Mitgliederzahl der RWV. 3000 waren es Sonntag...

Vortrag über Frauenkrankheiten

Freitag, den 23. Oktober, 10 1/2 Uhr, findet im 'Jägerhof' ein Lichtbildvortrag des Gewissen Dr. med. Seidenberg über Frauenkrankheiten statt...

Silberhochzeit feiert heute Genosse Ernst Wentzky, Sildebrandstraße 10, mit seiner Ehefrau Martha, geb. Griebel...

Konfliktlose Gemeinde Breslau, Grünstraße 14/16, Ortsgruppe des Volksbundes für Gefesselfreiheit...

Wanderung des Breslauer Verschönerungsvereins Der Wegeauschuss des Breslauer Verschönerungsvereins veranstaltet am Mittwoch, den 21. Oktober eine Durchwanderung...

Rundfunk von heute

Heute um 18.15 Uhr spricht Dr. Hannah Schulz in der 'Stunde der werktätigen Frau' über die Notwendigkeit einer weiblichen Polizei...

Erziehung zur Ehe

Küßbild auf die Vortragswache im Kundjunkt: 'Die Welt der Frau' In der Kundjunkt Kritik vom vergangenen Sonnabend blieb in Folge eines Verzehens die Besprechung des wichtigen Zweigeprägtes zwischen Eise Kewentzky und Magda Peter...

Reben einem klugen und gut orientierenden Referat von Dr. Kon Schwarz...

Sozialdemokratische Partei

Parlei-Veranstaltung. Besprechungsabend. Zimmer 107-110. Telefon Nummer 5000-59001...

Freienderjugend Heute im Zentralheim, Magdalenenengrund, 19.30 Uhr...

Konfliktlose Jugend Heute, 19.30 Uhr, wird uns Genosse Alfred Thiel über das 'Mittelpunkt' berichten...

Freigewerkschaftliches Jugendbrotchen Nachrunderjugend. Interessenten für preiswerte Winterpartei...

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter-Kinderfreunde Sitzung, Eltern! Unsere zentrale Elternversammlung findet am...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner Nord (Ebert). Donnerstag, 22. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner Süd (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner West (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner Ost (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner Mitte (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner Südwest (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner Nordwest (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner Südost (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner Nordost (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner West (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner Ost (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner Mitte (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner Süd (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner Nord (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner Südwest (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner Nordwest (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner Südost (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner Nordost (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner West (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner Ost (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner Mitte (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner Süd (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner Nord (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner Südwest (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Jungbanner Nordwest (Eisenstein). Heute, Dienstag, 20. Oktober...

Die Medaille der Reichsregierung wird - Kathreiner verliehen! Die 2. Internationale Hygieneausstellung in Dresden hat eben ihre Pforten geschlossen...

Wasserstand table with columns for date and time, and rows for various locations like Ratibor, Heiße (Stadt), Reizermündung (Unt.-Regel), Reiz (Mittelntr.), Treichen.

Arbeiter-Sport table with columns for location and time, and rows for various locations like Ratibor, Heiße (Stadt), Reizermündung (Unt.-Regel), Reiz (Mittelntr.), Treichen.

Arbeiter-Sport Kulturvereine. Freie Esperantovereinigung. Der ursprünglich für...

Kindern nichts, Mütterchen!
Männern nichts, Mütterchen!



Kinder wollen Kinder sein, und so ein kleines Malheur wird immer einmal passieren.

Wie klein es in Wirklichkeit ist, das werden Sie erst verstehen, wenn Sie sehen, für wie lächerlich wenig Geld

Sie bei uns gute, schöne Kinderkleidung bekommen können.

Machen Sie einen Versuch -

MITTWOCH IST KINDERTAG

GEHEN SIE ZU



Breslau
 Ohlauerstr. 10-11
 Ecke Altbückerstr.

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Nazifaschistenüberfall auf das Liegnitzer Volkshaus

Überbanditen in militärischer Ordnung gegen das Heim der Liegnitzer Arbeiterschaft Sprengkörperattentat am Hause der Volkszeitung. - Reichsbanner schlägt die Angreifer in die Flucht, aber die Polizei hält Verfolgung für überflüssig

Von dem Nazitreffen in Braunschweig zurückkehrende Nazis verübten am Montag früh einen Anschlag gegen die Liegnitzer „Volkszeitung“ und einen Angriff auf das Volkshaus. Sie brachten vor dem Druckereigebäude der „Volkszeitung“ einen Sprengkörper zur Explosion, der zum Glück keinen Schaden anrichtete. Die Gewalt der Explosion war aber bis in den vierten Stock wahrzunehmen.

Hierauf unternahmen die Nazis in der fünften Morgenstunde in ausgeschwärmter Schützenkette einen Angriff auf das Volkshaus. Das Reichsbanner hatte jedoch vorsorglich eine Kameradschaft in das Heim der organisierten Arbeiterschaft gelegt, die sofort gegen die anrückenden Nazis vorging. Hierauf ergriffen die Nazihelden sofort die Flucht. Verschiedene stürzten in der Dunkelheit über die Drähte in den Anlagen. Sie konnten so gefast werden und erhielten sofort eine gehörige Lektion.

Das inzwischen eingetroffene Polizeiauto lehnte es ab, die Nazis zu verfolgen und die Gegend nach ihnen abzusuchen.

Im einzelnen berichtet unser Liegnitzer Bruderblatt, die „Volkszeitung“, über diese feige Attacke der, nach Hitlerscher Aussage, stets „unbewaffneten“ und ach so friedlichen hitlerischen Bürgerkriegsoldaten vom Hakenkreuz u. a. folgendes: „Wir sind schon seit einiger Zeit bekannt, daß die Nazis einen Anschlag gegen das Volkshaus, dem Heim der organisierten Arbeiterschaft, planten. (Hatte doch der bekannte Steinschmiede-Gelehrte, der die Nazis das Volkshaus „besetzen“ wollte, die Nacht vom Sonntag zum Montag war für einen Anschlag geplant, zumal Montag früh die aktionsreichen Nazimannschaften vom Nazitreffen in Braunschweig eintrafen.“)

Das Reichsbanner hatte deshalb eine Kameradschaft als Schutz ins Volkshaus gelegt, während Posten in Zivil unauffällig die Parkanlagen und Zugangsstraßen unter Beobachtung standen. Früh um 4 Uhr kam die Meldung, daß sich ein Trupp Nazifaschisten am Palmengarten eingefunden habe, und sofort wurde die Nachricht, daß ein anderer Trupp sich in der dunklen Allee aufhalte. Um 4 Uhr 10 Minuten meldeten die aufgestellten Posten, daß die Nazis in ausgeschwärmter Schützenkette durch die Parkanlagen gegen das Volkshaus anrückten. Sofort eilte das Reichsbanner aus dem Volkshaus. Auf dem unbesetzten Volkshaus wurden die Gegner waren die Helmschutzhelm vorbereitet und die Nazis ergriffen das Hakenkreuz über den Grabenbrücken. Das Reichsbanner hinterher. Bei dem eiligen Zurückgehen der Nazis flogen einige über die dort auf der Anlage gezogenen Drähte. Diese erhielten ihre Strafe auf der Stelle, während die anderen Nazis austreten und sich verflüchteten.

Polizeihauptwachmeister Pohl wurden die Begebenheiten geschildert, aber eine Durchsuchung des Geländes nach den Teilnehmern oder eine Verfolgung nicht angeordnet. Das Auto durchfuhr die Straßen. Daß sich die Nazis nicht im Scheinwerferlicht des Polizeiautos präzentieren würden, ist ohne weiteres klar. Oder bestand bei Herrn Pohl keine Neigung, die ihm politisch anscheinend nahestehenden Nazis festzustellen? Denn anders ist sein etwas eigenartiges Verhalten gegen das Reichsbanner und für die militärischen Nachtschwärmer kaum zu deuten.

Bemerkenswert muß werden, daß es sich bei den Angriffstruppen um auswärtige, wahrscheinlich aus der Umgebung von Liegnitz stammende hauerliche Nazis handelte. Als Auftakt zu dem Nazimärsch wurde vor dem Druckereigebäude der „Volkszeitung“ ein Sprengkörper zur Explosion gebracht, der glücklicherweise keinen Schaden anrichtete. Die Gewalt der Explosion war aber bis in den vierten Stockwerk wahrzunehmen.

Die „Volkszeitung“ bemerkt schließlich noch, daß sie das Ergebnis nicht allzu tragisch nehme, die Tatsache jedoch die Notwendigkeit der Wachsamkeit der Arbeiterschaft erweise. Im Rahmen der politischen Ereignisse der letzten Zeit bedeute aber natürlich auch dieses Vorkommnis den Beweis, daß die Hitlerbanditen nunmehr zur Taktik des kleinen Bürgerkriegs überzugehen im Begriffe stehen. Niemand kann im Ernst annehmen, daß bei der in Liegnitz herrschenden militärischen Unterordnung und Gliederung solche Ueberfälle aus den Reihen der Hakenkreuzsoldaten heraus „spontan“ entstehen. Sicherlich wurde dieser feige Ueberfall, dessen Ziel offensichtlich die Zerstörung von Kollektiv-Eigentum der organisierten Arbeiterschaft nach italienischem Muster war, planmäßig vorbereitet, sicherlich in die Verletzung der „Zufälle“, wie sie sich feinerzeit in Schweidnitz bei dem Ueberfall in der Volksgarten-Versammlung begab, sein. In Zukunft, denn auch anderwärts macht sich das polit-

STADTHEATER
 Dienstag, 20 bis 22.45
 Abonnement-Vorstellung E 4
Goffmanns Erzählungen
 Mittwoch, 20 bis 22
 Abonnement-Vorstellung F 4
 In Revidierten Fassung
Bozzaccio
 Donnerstag, 20.15 bis 22
 Abonnement-Vorstellung D 4
Salome

LOBETHATER
 Dienstag, 20.15 bis 22.45
Gilbels von England
 Ab Donnerstag, tägl. 20.15
Leutnant Romma

THALIATHEATER
 Dienstag, 15.30 bis 17.30
Freie Bahn dem Licht
 Täglich 20.15 bis 22.15
Nina

Schauspielhaus
 Deutsches Theater, München
 Täglich 8 1/2 Uhr
Breslaus Sensation
Im weißen Röhl
 Die Darsteller des Weißen Röhl's tragen die berühmte SS-Kleidung, SS-Kettenröden, Schwednitzer Straße 9
 Wiederlauf dauernd.
 Tel. 26100 und 23540

AKAZA
 Tanzpalet / Varieté
Goldrauschball
 Der Mittelpunkt der Breslauer Nacht
 An Elite-Tagen bis 4 Uhr
WACHBÜHN
 (früher Broadway)
Leipziger Sänger
 mit neuem Programm
 Der Trumpf des Lachens
Publikums-Tanz
 Jeden Sonntag 4 Uhr
Familien-Vorstellung

Interate erzielen in dieser Zeitung den größten Erfolg

liche Banditentum der Hakenkreuzer in gleicher Weise bemerkbar. Der beste Beweis hierfür ist Braunschweig.

Die Hakenkreuzer werden jedoch nicht daran tun, von dem eifernden Arbeiterwillen der organisierten Arbeiterschaft, der sich in Liegnitz gut bewährt hat, Kenntnis zu nehmen. Keine Spaltung, keine Sonderbestrebungen, die uns in Breslau in letzter Zeit ein wenig von den tatsächlichen Tagesfragen im Nachtkampf zwischen Großkapital und Arbeiterklasse abzulenken vermöchten, werden imstande sein, die Kraft und die Entschlossenheit, den Hakenkreuzern bei jeder ähnlichen Gelegenheit in gleicher Weise heimzuleuchten, zu mindern.

Auto und Kleinbahn
Zusammenstoß am ungeführten Bahnübergang
 Am dem ungeführten Bahnübergang in Mittel-Peterswaldau stießen ein Zug der Eulengebirgsbahn und ein aus Beuthen O.S. kommender, vierstündiger Honcmagwagen zusammen. Der Führer des Autos war anscheinend nicht mehr in der Lage gewesen, die Geschwindigkeit des Zuges richtig abzuschätzen und versuchte noch vor dem Zug den Bahnübergang zu überqueren. Im letzten Augenblick hat den Wagenführer aber dann doch wohl der Schreck geküßt. Der mit aller Gewalt gebremste Wagen blieb mitten auf der Straße stehen und wurde von der Lokomotive erfasst und mitgeschleift. Da der Zug noch keine große Geschwindigkeit hatte, konnte er bald angehalten werden. Von den Insassen hat eine Dame einen Oberkieferbruch und der Führer erhebliche Fleischwunden am Kopf erlitten. Ein zweiter Herr erlitt Schnittwunden im Gesicht, eine Frau Quetschungen am Fuß. Die beiden Schwerverletzten wurden nach Reichenbach ins Krankenhaus geschafft.

Raubmord im Kreis Oppeln
 In der Gemeinde Kaschau, Kreis Oppeln, wurde in der Nacht zu Sonntag, wie erst heute bekannt wird, der Kaufmann Kollon von zwei maskierten Männern erschossen, die dann den Inhalt der Ledertasche raubten. Die Täter flüchteten in einem Kraftwagen mit einer polizeilich nicht gemeldeten Nummer. Die Polizei und die Landjägeri schanden nach den Raubmördern. In einem Gehäuft zwischen Kaschau und Danzig wurden einige den Tätern gehörende Gegenstände, u. a. eine braune Lederjacke, und die leere Kasse aufgefunden.

Kattowitz, Faltschmünzer gefast
 Der hiesigen Kriminalpolizei gelang es, eine Faltschmünzerbande unschädlich zu machen, die in Wien und Lodz falsche 500-Kronenheine herstellte. Die Frau des Fleckers Wolke aus Rybnia wurde dabei erfaßt, wie sie bei einem Mantelkauf einen falschen Schein ausgab und verhaftet. Ihr Mann gab an, 8 solcher Banknoten von einem gewissen Wladislaw Roy aus Wietun erhalten zu haben. Dieser wurde verhaftet und gestand, mit dem Lithographen Glankowski die Noten gefälscht zu haben. In einem Walde bei Wietun fand man dann etwa 200 gefälschte Banknoten zu 500 Kronen, halbfertige Dollarnoten, ferner die lithographischen Platten usw.

Aus der Umgebung

Beim Rübenaufladen
 wurde der 76jährige Landwirt Karl Garsich in Begau, Kreis Breslau, verheerlich mit einer Rübenangel am Kopf verletzt. Die Verletzung erlitten zunächst unbedenklich und der Verletzte suchte ohne jede Hilfe seine Wohnung auf. Erst am nächsten Tage wurde ein Arzt zu Rate gezogen, der die sofortige Ueberführung des Verletzten nach der Universitätsklinik in Breslau anordnete. Dort wurde eine Verletzung des Schädels und der linken Augenhöhle festgestellt, an deren Folgen G. dann Sonntagabend verstarb.

Straschnitz, Aus der Partei
 Unsere Monatsversammlung fand am 17. Oktober im Saal von Partsch statt. Eingangs der Versammlung wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, wonach sich die Ortsgruppe in unerhütterlicher Treue zur SPD. bekennet und jegliche Spaltungsversuche ablehnt. Hierauf referierte Genosse Fritsch-Schmolz in einem mit ungeteiltem Beifall aufgenommenen 1 1/2 stündigen Vortrage über das Thema „Von Leipzig bis heute.“

Saccrau, Die Ortsgruppe Saccrau der SPD. hielt am Freitag ihre Mitgliederversammlung ab, in der auch gegen die Spaltung Stellung genommen wurde. Genosse Fritsch aus Saccrau referierte über die Entwicklung und die Ergebnisse, die zur Spaltung geführt haben. Der Vorsitzende verwies auf die am 7. Oktober abgehaltene Erweiterungsvorstellung des Unterbezirks, deren Beschluß sich die von 60 Mitgliedern besuchte Versammlung angeschlossen. Einheitslich wurde der Wille bekundet, weiterhin im Sinne der SPD. zu kämpfen. - Nach Erledigung verschiebener örtlicher Angelegenheiten wurde die gut besuchte und harmonisch verlaufene Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Partei geschlossen.

Replint, Gänsekliebstahl mit Motorrad. Am Sonntag nachmittag wurden hier auf einer Straße sechs Gänse abgefangen. Die Gänsejäger wurden hinter dem Dorfe von einem Motorrad mit Beiwagen erwartet. Nachdem man sie verfolgte, konnten sie unerkannt entkommen.

Machniz, Glimpflich lief hier am Sonntag nachmittag ein Autozusammenstoß ab, der leichtschimmere Folgen haben konnte. Nur der eine Wagen wurde leicht beschädigt und wurde von dem anderen Auto abgeschleppt.

Bettlern, Stubebrand. Am Montag nachmittag brach in der Wohnung des Arbeiters W. Sch. ein Brand aus, der leichtschimmere Umfang annehmen konnte. Lediglich ein Sofa, eine Nähmaschine und eine Gardine verbrannten. Das Feuer ist auf bisher ungeklärte Weise entstanden.

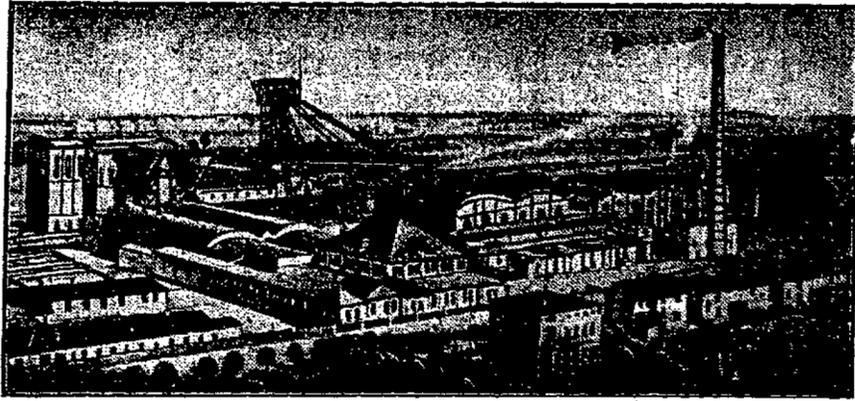
Drachenbrunn, Großfeuer brach hier am Sonnabend abend in der Scheune des Stellenbesizers Reich aus. Sämtliche Erntevorräte und Maschinen wurden von den Flammen vernichtet. Infolge Wassermangels konnten die Breslauer und Schweißacher Feuerwehren den Brand nicht in vollem Umfange bekämpfen. Die angelegtesten Löscharbeiten dauerten bis in die Morgenstunden des Sonntags.

Sozialdemokratische Partei
 Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
 Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-174
 Telefon 59060, 59061
 Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9 bis 10 bis 18 Uhr
Kaufse. Donnerstag, den 22. Oktober, 20 Uhr, bei Welche Mitgliederversammlung. Redner: Gen. Biwald.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
 Breslau-Land/Neumarkt
Domslau, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Am Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags 11.30 Uhr findet in Domslau eine republikanische Kundgebung am Kriegerdenkmal verbunden mit Kranzniederlegung statt. Redner Kamerad Alexander Breslau. Wir bitten um recht zahlreiche Unterstützung. Anschließend findet Tanz verbunden mit Preisziehen bei Frantz statt.

Neues Schlagwetterunglück im Westen

9 Tote, 27 Verletzte
Die Unglücksgrube Mont Genis



Auf der Schachtanlage I/III der Zeche Mont Genis bei Henne ereignete sich Montag früh 8 1/2 Uhr im Revier V der fünften Sohle Flöz A eine Explosion, der 9 Tote und 27 Verletzte zum Opfer fielen. Unter den Toten befindet sich auch der Revierleiter. Alle Kräfte der Nachbarschaft wurden zu Hilfe gerufen. Um 9 1/2 Uhr hatten bereits vier Wagen des Roten Kreuzes Ber-

lechte oder Tote aus dem Zechengelände fortgeschafft. Die Zechenverwaltung hatte alle Rettungsolonnen des Ruhrbergbaues angefordert. Die Zeche zählt zurzeit eine Belegschaft von 1800 bis 2000 Mann, die sich über drei Schichten verteilen. Um 11 1/2 Uhr meldeten die Rettungsmannschaften, daß das ganze Revier bejahren sei und mit weiteren Opfern nicht mehr zu rechnen wäre.

Schriftstellervertragödie

Karl Strecker zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt

Am Montag wurde nach ganzjähriger Verhandlung vor dem überfüllten Potsdamer Schwurgericht der Schriftsteller Karl Strecker aus Klein-Machnow wegen Brandstiftung in Ideal-Konkurrenz mit Versicherungsbeitrag zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Da Strecker auf Grund seines Gesundheitszustandes nicht haftfähig ist, wurde der Haftbefehl aufgehoben. Der Angeklagte hatte schon während seines Schlusswortes einen Nervenzusammenbruch erlitten.

Das Urteil entspricht dem Antrag des Staatsanwalts. Ein Jahr Zuchthaus ist für den vorliegenden Tatbestand die gesetzlich zulässige Mindeststrafe — wenn man nicht, wie die Verteidigung (Rechtsanwälte Dr. Benzell Goldmann und Dr. Alfred Klee), die Voraussetzungen des Strafausschließenden § 51 (Unzurechnungsfähigkeit) für gegeben ansieht. Strecker hat in der Nacht vom 27. zum 28. August sein in Klein-Machnow gelegenes Landhaus angezündet. Das Haus brannte jedoch nicht nieder, da das Feuer rechtzeitig bemerkt worden war. Andernfalls wäre Strecker vermutlich in den Besitz der Versicherungssumme von 50 000 Mark gelangt.

Mit leiser, stodender Stimme erzählt Karl Strecker, im guten Sinne in allem und jedem ein Mann der alten Generation, die Geschichte seines Lebens. Sohn eines Landwirts, wird er auf Wunsch seines Vaters zunächst Offizier, später widmet er sich ausschließlich literarischer Tätigkeit, die seinem verträumten Wesen mehr liegt und für die er ohne Zweifel überdurchschnittlich begabt ist. Seine Bücher über Strindberg, Kleist, Hebbel bezeugen, daß er zur deutschen Dichtung mehr als ein kühl intellektuelles Verhältnis hat; seine Theaterkritiken beweisen Geschmack und unbestechlichen Sinn; fast drei Jahrzehnte hindurch erschienen sie in der „Täglichen Rundschau“. Später in bürgerlichen Provinzblättern. Es ging Strecker nicht schlecht, er konnte vom Ertrag seiner fleißigen Arbeit leben. Aber dann nahm ihm die Inflation sein erspartes Vermögen. Und dann kam der Tag, an dem er für seine Manuskripte keinen Verleger und sojeren einen Verleger, doch kaum Käufer finden konnte. Er war, Schicksal des Siebzigerjährigen, der Mann von gestern. Er geriet mehr und mehr in materielle Not, machte Schulden, die schließlich auf die Summe von etwa 5000 Mark anwuchsen, sah keinen Ausweg mehr — oder vielmehr nur den kriminellen, den er dichterisch, in seinem Roman „Aufs aus dem Dunkeln“, schon einmal vorausgesehen hatte. (In der Zeugenvernehmung fällt das Wort: „In einem zerüttelten Hirn werden die Geschöpfe der Phantasie Herren des Hirns.“)

Mitte August machte Karl Strecker mit seiner Frau eine Reise an den Bodensee, von dort aus fuhr er nach Weimar. In der Nacht vom 26. zum 27. August verließ er heimlich das Hotel in Weimar, fuhr schleunigst nach Klein-Machnow, traf in seinem Haus mit peinlicher Sorgfalt die letzten Vorbereitungen zur Brandstiftung. Bereits vorher hatte er in seinem Schlafzimmer mit Hilfe von Benzin, Öl, Glachs und anderem brennbaren Material einen Brandherd errichtet, bei dem er einige Kerzen von 25tündiger Brenndauer aufstellte. Strecker kalkuliert nicht unrichtig die Entzündung für die nächste Nacht. Inzwischen fuhr er nach Weimar zurück, im Hotel, wo seine Abwesenheit bereits bemerkt worden war, motivierte er sein Fehlen mit einem Ausflug; man glaubte ihm auch — nur dem Zimmermädchen fiel ein Rest Schwarzpulver im Koffer an.

Nach zwei Tagen las man vom Brand in der Villa Streckers in den Zeitungen. Karl Strecker meldete in einem noch aus Weimar geschriebenen Brief den „Schaden“ bei der Versicherung an.

Als sich die Verdachtsmomente gegen Strecker wesentlich gehäuft hatten, wurde er verhaftet. Nicht vor dem Kriminalkommissar, erst vor dem Untersuchungsrichter legte er nach langem Zögern ein Geständnis ab. Er hatte nicht die Schuld auf andere wälzen, aber doch, bis er Punkt für Punkt widerlegt werden war, eine Verkettung unglücklicher Umstände glaubhaft machen wollen. Als Ratis gab er vor dem Untersuchungsrichter und jetzt auch vor dem Gericht seine finanzielle Notlage an. Er wollte seine Schulden abtragen; er sorgte sich um seine 13 Jahre jüngere Frau. Er ergänzte aber, daß schon seit langem in ihm die Idee der Brandstiftung auf Grund der Handlung in seinem Roman „Aufs aus dem Dunkeln“ übermächtig geworden war; kein Geschick sei mit dem Geschick des Helden dieses Romans wider seinen Willen identisch geworden. Als Drittes wäre wohl, gleichfalls übermächtig treibend, die Absicht hinzugekommen, sein eigenes Brandstiftungserlebnis in einem neuen, noch zu schreibenden Kriminalroman zu verwerthen. In der Untersuchungsvernehmung hat Strecker die Arbeit an einem entsprechenden Manuskript begonnen.

Die Schriftsteller Karl Rosner und Rudolf Presber, mit denen Karl Strecker seit etwa zwei Jahrzehnten eng befreundet war, bekunden in fast leidenschaftlichen Worten die Makellosigkeit und Ehrenhaftigkeit des Angeklagten. Sie sprechen von der materiellen Not des alternden und veralteten Schriftstellers, für den es heutzutage so gut wie keinerlei Hilfe von außen mehr gibt; sie sprechen von der „Panikstimmung“, die in den Kreisen, denen Karl Strecker angehörte, heute ausgebrochen ist. Die Freunde bestätigen allerdings auch, daß sie noch deutlicher als die „vornehm getragene“ materielle Not Karl Streckers keine jeeliche beobachtet hätten; seit einem Jahr sei es mit ihm wesentlich bergab gegangen, seine schriftstellerische Leistung sei mäßig, seine geistige Konzentration unzureichend geworden. In diesem Sinne, liebevoll und doch kritisch, äußert sich auch die als Zeugin vernommene Ehefrau des Angeklagten. Sie glaubt, daß Strecker nur deshalb nicht den § 51 für sich in Anspruch nehmen wolle, weil er sich nicht für geistig tot erklären lassen möchte.

Der Sachverständige Medizinalrat Dr. Leppmann meinte, daß hinsichtlich der Gültigkeit des § 51 ein Grenzfall vorliege. Er führt aus, daß die Tat an sich bei klarer Verstandskraft ausgeübt war, daß aber doch die Fähigkeit zu einer solchen Tat der Ausübung einer tiefen Seelennot sei. „Mitte Strecker nicht an Arterienverkalkung, wäre er nicht greisenhaft schwächlich und nicht kränzlich, hätte er die Tat nicht getan.“ Die Verteidigung knüpfte eindringlich an diese Ausführungen Leppmanns an; sie erklärte, daß auf Grund der Erkenntnisse der modernen Psychiatrie der Zweifel an die Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten doch nicht ausgeschlossen werden könne.

Das Gericht entschied anders. Es erkannte nicht nur, entsprechend der eindeutigen Sachlage, auf „Schuldig“; es erklärte den bisher nicht vorbeitragten nebzugjährigen Karl Strecker für verantwortlich.

„Calmette — ein Irrtum!“

Professor Deyle beklagt das Unglück von Lübeck
In der Montag-Sitzung des Lübecker Calmette-Prozesses gab Professor Deyle folgende Erklärung ab:
Ich war bei Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck der felsenfesten Überzeugung, daß das Calmette-Verfahren nicht nur unethisch, sondern auch nützlich ist. Ich befenne heute frei und offen, daß das ein Irrtum ist. Dies hat sich mir aufgedrängt durch das, was nach der Katastrophe bekannt geworden



Professor Deyle

ist und was ich auf Grund eigener Beobachtungen seit 12 Jahren erfahren habe. Wenn man mich wegen dieses Irrtums strafrechtlich belangen will, so soll man mich ruhig verurteilen. Ich kenne keine Menschenjagd, ich kenne auch keine Furcht vor dem Tode. Ich stehe am Abend meines Lebens und habe mir in den letzten anderthalb Jahren oft gewünscht, daß die Nacht über mich hereinbrechen möge. Ich sage dem Gericht und allen hier im Saal, wie mich der Gedanke quält, daß das Unglück eingetreten ist. Ich beklage dabei aufs tiefste, daß ich habe daran mitwirken müssen. Ich bin sonst ein schweigsamer und verschlossener Mensch. Hier ist es heiligste Pflicht, mein Innerstes anzusprechen. Und das ist die Wahrheit. Niemand hat schwerer an dem Unglück gekittet als ich. Man wird es mir nicht verdenken, daß mich, nachdem ich 40 Jahre den Menschen zu dienen versuche, die Qual dieses Unglücks besonders betreffen hat. Das mögen die Eltern der Kinder mir zugute halten. Ich wiederhole, obwohl ich damals in gutem Glauben gehandelt habe, wenn das Gericht mir trotzdem strafrechtliche Handlungen nachweisen kann, dann soll man mich verurteilen, aber dann mich allein, nicht meine Mitarbeiter, nicht Dr. Althaus, der, gerechtigt war, in mich Vertrauen zu setzen und

nicht die Schwester Anna Schülze, die mir 17 Jahre treu hat. Ich erkläre, nichts wäre mir schrecklicher als der Gedanke, daß meine Mitarbeiter verurteilt und ich freigesprochen werde.
Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte Dr. Deyle, daß die BCG-Kulturen wären im Laboratorium des Allgemeinen Krankenhauses in Lübeck unter Vorzichtsmaßnahmen hergestellt worden, die jede Verwechslung und Verunreinigung ausgeschlossen hätten. Die aus Kiel bezogene Kultur der Menschenkultur und die aus Paris bezogene Calmette-Kulturen auf verschiedenen nicht zu verwechselnden Nährböden in verschiedenen Brutböden gezüchtet und in ganz verschiedenen Räumen, an verschiedenen Tagen, an verschiedenen Orten und mit verschiedenen Instrumenten weitergezüchtet worden; die Lübecker Katastrophe wäre auf eine spontane Verunreinigung der BCG zurückzuführen.

Die als Zeugin vernommene Krankenschwester Schülze schildert ebenfalls die Aufbewahrung der Kulturen, die Herstellung der Emulsion. Ihre Darstellung stimmt mit Deyles nicht in allen Punkten überein.

Skarel-Prozess

In der Montagverhandlung des Berliner Skarel-Prozesses kam die Verhaftung der Berliner städtischen Verwaltungsbehörden mit den kaufmännischen Unternehmungen WAG AG zur Sprache. Die Zwitterstellung des Direktors Burg, der gleichzeitig kaufmännischer Direktor dieser Unternehmungen und städtischer Angestellter war, scheint die Grundlage zu den zur Verhandlung stehenden unerquicklichen geschäftlichen Zuständen, über die mancherlei Werturteile gefällt wurde, geschaffen zu haben. Es wurde ferner festgestellt, daß der als Zeuge vernommene Stadtsamrat Schödtler mal bei der WAG ein Defizit von 400 000 Mark überbrachte, ein anderes Mal ist ihm eine Rechnung über 87 300 Mark vor Augen gekommen. Weiterverhandlung Donnerstag.

Unruhen in Lüneburg

Auf dem Wohlfahrtsamt in Lüneburg ereignete sich am Sonntag nachmittag ein junger Arbeitsloser und verurteilte Erhöhung seiner Unterstützung. Als ihm seine Forderung geklagert wurde, versuchte er, gegen den Beamten zu kämpfen. Er wurde daraufhin festgenommen. Unterdessen sich eine große Menschenmenge angeammelt, die die Freilassung des Mannes verlangte. Als die Polizei die Menge zerstreuen wollte, kam es zu ersten Zusammenstößen. Der Menge wurde scharf geschossen. Die Polizei widersteht das Feuer. Vier Polizisten wurden durch Schüsse verletzt.

Der Prozess der Ozeanflieger

2000 Mark Honorar

Die Flieger Johannsen und Rody, die dieser nach einem mißglückten Ozeanflug nach Hamburg geflohen, standen sich wenige Tage später als bittere Feinde vor Gericht gegenüber. Als Johannsen und Rody zurückgekehrt waren, verlangte der Führer des Flugzeuges, Johannsen, vom Finanzier des Fluges, Rody, als Honorar für die Führung 5000 Mark. Rody lehnte die Zahlung ab, Johannsen bereits auf dem Dampfer „Belmoira“ und in Amerika zu tätigen Auseinandersetzungen kam. Auf der Rückreise einen Tag vor der Landung, beantragte Johannsen nach graphisch einen Arrest in Höhe von 5000 Mark gegen Rody. Rody nach der Ankunft in Hamburg und nach „begleiteter Empfang“ im Hotel abgestiegen war, kam ein Gerichtsbeschluss und beschlagnahmte 1200 Dollar, die Rody bei sich hatte. Tage darauf kam die peinliche Affäre vor dem Hamburger Gericht zur Verhandlung. Der Anwalt Johannsens berief hier darauf, daß sein Klient lediglich Angestellter Rodys während Rody behauptete, es habe sich um ein Unternehmen gehandelt, bei dem alle Einnahmen und Ausgaben geteilt werden sollten. Das Gericht kam zunächst zu keiner Entscheidung.

Am Montag morgen wurde nun vom Amtsgericht dementsprechend, daß Johannsen die Hälfte von den gemeinsamen Einnahmen des Fluges — 2000 Mark — ausgezahlt werden muß. In der Begründung des Urteils heißt es, daß der Flug lediglich in der Absicht unternommen wurde, Geld zu verdienen und man es bei Rody mit einer ausgesprochenen Abenteuerlust zu tun habe.

Die Frage der Aburteilung Matsushita

Die Wiener Blätter erörtern die gesetzlichen Bestimmungen den zufolge Matsushita als der Verurteilter des Eisenbahnunglücks von Ansbach zunächst in Oesterreich zur Verantwortung gezogen würde. Danach werde gegen ihn das Verfahren der Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit geführt werden, dessen sich derjenige schuldig macht, der durch eine aus dem unternommenen Handlung die körperliche Sicherheit oder Leben von Menschen gefährdet (§ 87 des Strafgesetzbuches). Frage der Auslieferung werde zwar bereits in nächster Zeit vom Landesgericht entschieden werden. Doch ist die Durchführung dieses Verfahrens erst nach Verbüßung der österreichischen Gerichte über Matsushita verhängten Strafe Betragt. Ungarn werde bei der Auslieferung den Vorzug vor Deutschland erhalten, da Matsushita ungarischer Staatsbürger ist. Die österreichischen Behörden werden in einem solchen Fall nach internationaler Vereinbarung, unüblich ist, an die Auslieferung die Bedingung knüpfen, daß Todesstrafe an Matsushita nicht vollzogen werden darf, da österreichische Gesetz, unter dessen Hoheit Matsushita verurteilt wurde, diese nicht kennt.

28 Bankdirektoren unter Anklage

Von der Bank of United States in New York kürzlich ihre Schalter schließen mußte, sind jetzt 28 Direktoren wegen betrügerischen Bankrotts unter Anklage gestellt worden. Auch der staatliche Treuhänder, der dem Zusammenbruch der Bank mit deren Liquidation beizuhelfen war, wird sich wegen Vernachlässigung der Pflichten und Verdunkelung zu verantworten haben.

Naziotesches aus Polen

Am Sonntagabend veranstalteten die polnischen Studenten Lemberg eine Demonstration gegen Juden und Ukrainer. Der Zug gelangte schließlich vor das jüdische Akademiehaus, das mit Steinen beworfen wurde. Eine Menge Scheiben gingen in Trümmer. Die mit Renovierungsarbeiten am Haus beschäftigten Arbeiter warfen daraufhin Steine in die Menge. Die Polizei vertrieb die Demonstranten, stellte vier von ihnen fest und verhaftete sechs Arbeiter.

Erdbeben und Sturmflut auf den Fidschi-Inseln

Nach einer Meldung aus Suva wurde San Christoph eine der Salomon-Inseln, von einem Erdbeben mit darauf folgenden Sturmflut heimgesucht. 18 Dörfer Eingeborenen wurden zerstört, 50 Eingeborene fanden den

Generalversammlung der Ortsaus- schüsse für die Bezirke Schlesiens des ADGB.

weiter Verhandlungstag — Einmütiges Bekenntnis der Gewerkschaften zum Genossenschaftsgedanken Herrn Körpel über Entwicklung und den Ausbau des Arbeitsrechtes — Einstimmige Wiederwahl des Bezirksausschusses

An den Verhandlungen der Konferenz der schlesischen ADGB-
Ortsausschüsse am Sonntag nahmen als weitere Gäste der Ober-
präsident der Provinz Niederschlesien, Genosse Videmann,
Präsident des Landesarbeitsamtes, von Gärtner,
der Schlichter von Schlesien, Oberpräsident a. D. Genosse
Lipp, teil. Kollege Wierisch, der die Tagung wieder eröffnete,
grüßte beide aufs herzlichste.

In seiner Erwidmung auf die ihm zuteil gewordene Be-
grüßung wies Oberpräsident Genosse Videmann darauf hin, daß
durchaus ein Unterschied sei, ob die Vertreter der Arbeiter-
organisationen sich in der Zeit der Ruhe oder der Erregung zu-
sammenfinden. Hoffentlich werde die Arbeiterschaft
gezwungen, noch größere Opfer an Lohn, Recht und Freiheit
zu nehmen.

Der deutsche Volksstaat könne sich nur entfalten, wenn
die werktätigen Schichten sich ein menschenwürdiges
Lebensniveau zu erhalten vermögen.

deutsche Republik sei nicht zuletzt ein Staat der Arbeiter, und
sei erfreulich, daß auch der Reichsminister in diesen Tagen ein
Bekenntnis zu dem Gedanken der gewerkschaftlichen Arbeit
gelegt habe.

Landesarbeitsamtspräsident von Gärtner, der wie der Ober-
präsident der Tagung einen erfolgreichen Verlauf wünschte, er-
klärte, daß eine Zusammenarbeit mit den Vertretern des ADGB,
sowohl von gegenseitigem Vertrauen erfolgt sei. Er habe u. a.
Kollegen Wierisch für seine häufige tatkräftige Hilfe zu
danken.

Die Erledigung der Tagesordnung fand mit der Erstattung

Rassenberichtes

Fortsetzung. Wie aus den diesbezüglichen Mitteilungen des
Kollegen Wierisch hervorging, sind für die umfangreiche Tätigkeit
überaus reichlich Geldmittel zur Verfügung gestellt
worden. Beachtlich erscheinen vor allem die Aufwendungen für
Jugendarbeit und Jugendpflege. Insgesamt
sind Einnahmen und Ausgaben mit 367 472,92 Mark. Der
Kassenbestand beträgt 7450 Mark.

Die Rassenprüfung hat, wie Kollege Kuffert erklärte, zu

keinerlei Beanstandungen Anlaß gegeben. Infolgedessen erfolgte
die Entlastungserklärung durch die anwesenden Dele-
gierten einstimmig.

Nachfolgender Antrag des Bezirksausschusses, der der Tagung
von den Vorsitzenden und Kassierern der Ortsausschüsse zur
Annahme empfohlen worden war, fand gegen eine kleine Minderheit
von etwa 12 Stimmen die Billigung der Konferenz:

1. In den Ortsausschüssen ist für alle Mitglieder ein Bei-
trag in Höhe von 5 Pfennigen für männliche, von 3 Pfennigen
für weibliche und jugendliche Mitglieder zu entrichten. Um dies
möglichst zu machen, beträgt der Beitrag an den Ortsausschuß für
alle Mitglieder ab 1. Oktober 1931 mindestens 10 Pfennige für
männliche und 6 Pfennige für weibliche und jugendliche Mit-
glieder pro Quartal, welcher an den Ortsausschuß durch die
Gewerkschaften zu zahlen ist.

2. Die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen
werden, soweit dies erforderlich ist, im Einvernehmen mit den
Ortsausschüssen als Bezirksarbeitersekretariat und Rechts-
auskunftsstelle ausgebaut. Die Ortsausschüsse, die diesen Rechts-
auskunftsstellen angeschlossen werden, zahlen an den Bezirks-
ausschuß den doppelten Bezirksbeitrag.

3. In Orten und Bezirken, wo im Interesse der Unter-
haltung von Arbeitersekretariaten bereits höhere finanzielle
Verpflichtungen der Gewerkschaften an die Ortsausschüsse bzw.
der Ortsausschüsse an den Bezirk bestehen, verbleibt es bei diesen
Beschlüssen.

In der Aussprache über diesen Antrag beteiligten sich die
Kollegen Wierisch und Zehmisch. Beide Kollegen
bezeugten die Durchführbarkeit des Antrages, ins-
besondere seines dritten Absatzes. Zur Festlegung der Bedenken
teilte Kollege Wierisch mit, daß die Ortsausschüsse, die Arbeiter-
sekretariate unterhalten, unter allen Umständen eine Entlastung
erfahren sollen. Entscheidende Schritte in dieser Hinsicht werden
in einer demnächst stattfindenden Zusammenkunft der in Frage
kommenden Ortsausschüsse erfolgen.

Im Anschluß an diese nur kurze Debatte hörte die Tagung
das dritte Referat. Kollege Sieratowski-Hamburg sprach
über das Thema:

Mit der Genossenschaft zur neuen Lebensform

Er führte aus:

Vor uns erhebt sich die Frage, ob es möglich ist, der Ge-
nossenschaftsbewegung die Eigenschaft eines Führers zu neuer
Lebensform zuerkennen. Der Glaube an diese Fähigkeit fällt
leicht, da die Ergebnisse bisher recht mager waren. Aber
der Zweifel gerade an einer derartigen Mission der Genossen-
schaftsbewegung nicht vielleicht seine Ursache in der Trägheit,
die jede geistige Wandlung vor sich geht? Wir begnügen
uns oft und nur zu gern mit der Form, ohne ihr einen Inhalt
zu geben. Eine Genossenschaft ist niemals die Summe der
einzelnen Mitglieder. Sie muß eine Einheit sein. Die Ver-
einigung kapitalistischer Kräfte nennen wir eine Organisation.
Genossenschaft und Konzerne sind lediglich Zusammen-
setzungen materieller Kräfte. Dort wirken tote Geldbeträge,
die geistige Gehalt nicht gefordert. Die Konsumgenossen-
schaft hingegen sehr verschieden von den Unternehmungsformen,
denen wir es sonst zu tun haben. In ihr sind Menschen,
nicht Geldsummen die eigentlichen Träger der Organi-
sation. Ohne die verständige Mitarbeit dieser Träger kann eine
Genossenschaft überhaupt nicht bestehen. Die reine kapitalistische
Organisation baut sich auf dem Prinzip des Eigen-
tums und der Selbstsucht auf.

Wenn sich die Menschen nicht zu rechter Gemeinschaft zu-
sammenfinden, läßt die Zivilisation sie am Gemüt und Seele
sterben.

Seitliche Not zwang deshalb die Menschen nach
genossenschaftlichem Zusammenschluß Ausschau zu
halten. So ist gerade heute die Genossenschaft
Gegenstand des Suchens der Menschen.

Wie aber soll eine Genossenschaft beschaffen sein? Man
soll eine Genossenschaft als Form echter Gemeinschaft bezeichnen.
Äußere Gestalt einer Genossenschaft kann nach die Kennzeichen
bloßen Zivilisation tragen, aber ihr Inhalt muß bereits
die Region der Kultur hineinwachsen.

Wollten wir uns auf Materielles beschränken, so wäre
die Genossenschaft nichts als ein größerer Krämerladen.

Genossenschaft kann aber zur Lebensform werden. Genossenschaft
angewandt, ist richtige Kultur.

Wer in die Genossenschaft lediglich mit der Hoffnung
auf persönlichen Vorteil hineingeht, bliebe besser
draußen.

Der Vorteil des einen ist der Nachteil des anderen. Das
ist eine wahre Gemeinschaft ist gegenseitige Hilfe.

Eine Genossenschaft kann nur mit fittlichem Wollen,
Tat, Weiterbildung und Charakter vorantreiben.
kann nur leben als volle Demokratie, die Ver-
antwortung auf alle Schultern verteilt.

Zehntausend Mitglieder eines Konsumvereins können nicht
die Geschäfte gemeinsam führen. Beginnen nicht aber
der Auslese des Leiters schon große Schwierigkeiten?
Fähigkeit, den richtigen Führer aussindig zu machen, ist nicht
den Stimmzettel gebunden. Sie wird erst durch Mitarbeit
den Aufgaben der Genossenschaft erworben.

Die Führer der Genossenschaftsvereine müssen mehr sein als
Repräsentanten. Sie müssen es verstehen, alle wert-
vollen Kräfte in Bewegung zu setzen und zusammenzufassen. Wer
nicht tüchtige Mitarbeiter oder Untergebene neben sich zu bilden
mag, genügt seiner Aufgabe als Leiter der Geschäfte einer
Genossenschaft keineswegs.

Zu der neuen Lebensform der Genossenschaft vermag nur zu
den, der für sich die alte Form zerbrach. Genossenschaft be-
deutet für jeden, der ihr zugehört, Selbstsucht, Charakter und
Entscheidung. Genossenschaft bedeutet ewiges Wachsen zur
Schönheit hin, die das eigene Wohl in dem der anderen
liegt. Alle diese Erkenntnisse muß ab er nur wenig, wenn wir
nicht zum angewandten Prinzip erheben.

Das Arbeitsverhältnis der in den Konsumvereinen Be-
tätigten wird oft sinnlos über den privatwirtschaftlichen
Kern geschlagen. Selten nur findet sich eine Ahnung von der
andere gerechten Leistung der Mitarbeiter im genossen-

schaftlichen Betrieb. Es genügt jedoch nicht, daß wir diesen
Menschen Einkommen- und Arbeitsmöglichkeit geben.

Die Konsumgenossenschaft sehen sich im allgemeinen
als sozial verpflichtet an und gestalten demgemäß das
Arbeitsverhältnis.

Leider bleiben die Mitarbeiter nur zu oft passiv statt ein-
zusetzen, daß ihre Tätigkeit über den materiellen Zweck hinausgeht.
In Wirklichkeit erzieht hier ein völlig neues Arbeitsverhältnis,
das erheblich von dem gewohnten Lohnverhältnis abweicht. Hier
in den Genossenschaften verpflichtet Eigentum in nicht bisher
gekannter Art und Weise.

Die Mitarbeiter im Konsumverein sind Mitbesitzer des
Genossenschaftskapitals. Sie sind ihre Eigenunternehmer.
Wie kann man da noch von reiner Lohnarbeit in privatkapita-
listischem Sinne reden? Die Mitarbeiter in den Genossenschaften
liefern sichtbare Beiträge zur Neugestaltung des proletarischen
Scheidens. In ihnen soll ein neuer Rhythmus der Arbeit
spürbar sein.

Es fehlt noch der Mensch, der sich die Genossenschaft als
Lebensform wählt, dem die Genossenschaft auch bei seiner Tages-
arbeit Form aller Dinge ist. Es trifft leider nicht zu, daß wir
uns schon alle bemüht auf eine neue Gesellschaft zu bewegen.
Auch bei unseren Mitarbeitern mangelt es häufig noch an dieser
Einstellung. Auch bei ihnen fehlt oft das Bewußtsein ihrer
Stellung im genossenschaftlichen Betrieb. Man muß wahrer Ge-
nossenschaftler sein, um eine neue Kultur bei der Gestaltung
des Arbeitsverhältnisses erkennbar werden zu lassen. Jeder
Konsumangestellte sollte das Gesetz der Gegenseitigkeit als für
sich hindern anerkennen.

Was geschieht im Augenblick von Seiten der Arbeiter-
und Angestellten der Arbeiterbewegung? Die Kapitalisten machen den Versuch,
sich selbst aus dem Sumpf zu ziehen; wie es die Vertreter des
deutschen Kapitals kurz nach dem Weltkrieg taten. Gegenwärtig
wird eifrig an der Zusammenfassung der kapitalistischen Kräfte
gearbeitet. Es zeichnen sich schon deutlich die Bahnen ab, auf
denen das Weltkapital einherzumarschieren gedenkt.

Eine solidarische Antrennung des Weltkapitals zur
Überwindung der Krise steht bevor. Die welt-

Die Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechtes

Kollege Körpel, bemerkte zunächst, daß manche seiner in
Frankfurt vorgetragenen Ansichten Anlaß zu Auseinander-
setzungen gegeben hätten. Man müsse aber unter allen Umständen
nachprüfen, ob eine Schuld an den Mißerfolgen nicht vielleicht
auch bei uns selbst in unseren eigenen Reihen zu suchen ist.

Im Laufe der Entwicklung innerhalb des letzten Jahr-
hunderts lagen zwei Grundzüge miteinander im Kampf: Der
Grundzug der Fürsorge und der des kollektiven Rechts.
Die Durchsetzung des kollektiven Rechtes war die gewaltige
Leistung der Nachkriegszeit, und es ist bitter, sehen zu müssen,
daß große Teile der Arbeiterklasse diese Errungenschaft nicht zu
werten wissen. Wenn wir heute Rückschlüsse ziehen, so
sind diese nicht zuletzt auf die Kurzsichtigkeit der Arbeiter-
schaft selbst zurückzuführen. Voraussetzung für die weitere
Sicherung des kollektiven Rechtes ist und bleibt die Einheit des
Proletariats.

Leider hat der Arbeiter von der mühsam erlangten
Bereinigungsfrist allzu geringen Gebrauch ge-
macht. Nur der vierte Teil der arbeitnehmenden
Schichten ist in den Gewerkschaften organisiert.

Die Frage: Fürsorge oder kollektives Recht, ist oft Gegen-
stand der Debatte auch auf den Gewerkschaftskongressen gewesen.
Das kollektive Recht hat allemal den Sieg davongetragen, denn
es ist ja Menschenrecht, es ist das Selbstverwirklichungs-
recht der Arbeiterklasse. Bereinigungsfrist, Tarifverträge,

umspannende Einheit des Kapitals wird bald Wirk-
lichkeit werden.

Der Kapitalismus muß diese Stellung beziehen, wenn er sich
überhaupt halten will. Wirtschaftliche Vernunft wird mit der
Kapitalistbarkeit nicht ihren Einzug halten. Der
deutsche Kapitalismus wird von seinem Rezept der Wieder-
aufbau der Wirtschaft mittels Lohnabbau nicht ablassen.
Infolgedessen dürfte der Kampf der Arbeiterschaft schwer
werden. Nur eins wird dem Proletariat helfen: die eigene
Kraft, die sich Organisationen schuf! Wenn es den Gewerk-
schaften nicht gelingen sollte, die Lohnsenkung aufzuhalten, so
bleibt den Konsumgenossenschaften um so mehr die Aufgabe, die
Kaufkraft der Massen zu sichern. Die Unternehmer werden
versuchen, durch Preisbindungen mit anderen Hintergründen als
bisher die vermeintlich noch im Lohn stehenden Reserven
herauszupressen.

Bloßes Klagen wird niemandem helfen. Starke
Gewerkschaften und Genossenschaften sind das Gebot
der Stunde. Die Arbeiterklasse ist genügend gewarnt,
jetzt muß sie begreifen lernen, daß Organisation
alles ist.

Die Genossenschaften wachsen jetzt in eine bedeutungsvolle
Mission hinein. Sie sollen ein Beispiel für Millionen werden.
Die Stunde kommt, wo wir alle uns mit den Konsumvereinen
aufs engste verbunden fühlen müssen. Es wird heißen müssen:
recht oder unrecht, es ist meine Genossenschaft, in der ich mit-
zuhalten habe.

Wer sich dann im Augenblick des Kampfes als Teil
der Genossenschaft fühlt, hat die alte Lebensform zer-
brochen und die neue gefunden.

Ein neuer Humanismus, wie jener im ausgehenden Mittel-
alter, der die Abkehr der Menschheit von der feilischen und leib-
lichen Verklammerung der Völker durch die Grundherrschaft einleitete,
will und kann werden. Die Genossenschaften sind jener neue
Humanismus, jene Bewegung, die das Gute im Menschen zu
wecken und zu heben vermag. Als Lebensform von jedem
einzelnen angenommen, wächst diese Bewegung ins Allgemeine,
wird sie eine gesellschaftliche Macht zur Ausgestaltung einer neuen
und besseren Kultur!

Reichlicher Beifall belohnte die wertvollen Dar-
legungen des Kollegen Sieratowski. Auf eine Ausnahme wurde,
um den tiefen Eindruck des in sich abgeschlossenen systematischen
Referats nicht zu beeinträchtigen, verzichtet. Die Tagung
nahm dagegen einstimmig folgende Entschließung an:

Die vielfachen Anschläge der deutschen Reaktionen auf
die wirtschaftlichen und politischen Lebens- und Grundrechte der
gesamten Arbeitnehmerschaft Deutschlands haben auch die Ver-
wirklichung unserer Genossenschaften zum Ziele. In der Erkenntnis
der Arbeitnehmerschaften von der eigenen Wirtschaftskraft
erblicken sie eine Gefährdung ihrer privatkapitalistischen Inter-
essen. Mit festem Eifer registrieren sie jede Neugründung
und ihre Entwicklung und sind dadurch bessere Kenner des
Gesamtumfanges aller Zweige und Arten unserer Eigenunter-
nehmungen, als die Arbeitnehmerschaft selbst. Die Kämpfe in
den Parlamenten mit dem Ziele der Erschwerung und Er-
schütterung der Existenz der Unternehmungen der Arbeiterschaft
sind dafür der beste Beweis.

Die schwere wirtschaftliche Not der Gegenwart ist an
unseren Eigenunternehmungen auch nicht spurlos vorüber-
gegangen. Die Betriebe der Arbeiterschaft aber haben sich trotz
allem bis jetzt behaupten können. Kund um unsere Eigen-
unternehmungen herum sind privatkapitalistisch geleitete Unter-
nehmen kleinsten und größten Ausmaßes zusammengebrochen.

Unsere Unternehmen auch fernerhin zu fördern und zu
stützen durch aktive Mitarbeit, durch genossenschaftliche Treue
und durch die Beachtung des Grundgesetzes: keinen Großver-
lust und keine Mark unserer Gegner zuzulassen — deren Haß
gerade in diesen Tagen zu flammender Feindschaft empors-
lodert! — wird jedem Gewerkschafter und freigeistigen Arbeit-
nehmer von der heutigen Generalversammlung der Orts-
ausschüsse Schlesiens zur Pflicht gemacht. Wenn ein Ehrgeiz
berechtigt ist, dann der, daß die Arbeitnehmer untereinander
weiterfeiern, den prozentual höchsten Anteil ihres Einkommens
in der Eigenunternehmung umzuweihen und umgekehrt zu haben.
Unsere Eigenunternehmen sind ein wesentlicher Teil des
Rückgrates unserer Bewegung!

Der Kampf der Arbeiterklasse kann ihrer nicht entbehren,
menschliche das Ziel: die sozialistische Wirtschaftsordnung, er-
richtet wird.

Den letzten Vortrag hatte Kollege Körpel-Berlin über-
nommen. Unter starker Anlehnung an seine Rede auf dem Ge-
werkschaftskongress in Frankfurt am Main behandelte er
das Thema:

freiheit, Streikrecht, Tarifvertrag, soziales Schlichtungsweien,
Mitwirkungsrecht in den Betrieben, eine vereinheitlichte Sozial-
versicherung mit weit ausgebaute Selbstverwaltung; das sind die
Ausdrucksformen des kollektiven Rechtes. Alle diese Errungen-
schaften stehen zunächst nur auf dem Papier. Sie werden erst
wirksam, wenn die deutschen Arbeiter von ihnen Gebrauch machen.

Alles Schimpfen bringt uns keinen Schritt unserem
Ziel näher. Die Kämpfe der letzten Wochen beweisen
zur Genüge, daß nur in sich gefestigte Gewerkschaften
mit treuen Mitgliedern das Recht der Arbeit hin-
reichend zu schützen imstande sind.

Ich habe, fuhr Kollege Körpel fort, in Frankfurt die
Forderung nach

Bereinigungsfrist des kollektiven Arbeitsrechtes
erhoben. Es ist ein erfreulicher Beweis für die Stärke unserer
Bewegung, daß wir auch heute noch an der grundsätzlichen
Klärung für uns wichtiger Dinge arbeiten können.

Die Dreiteilung der Arbeiterklasse in rechtlicher Be-
ziehung nach Arbeitern, Angestellten und Beamten ist
auf die Dauer unhaltbar.

Angestellte und Beamte ist eine kein sachlicher Begriff mehr,
sondern ein zufälliger. Das Beamtenverhältnis, wie ihn die
Hoheitsverwaltung des Staates mit Gehalts- und Freizeitschutz
schuf, hat seinen inneren Sinn nahezu restlos verloren. An vielen

Arbeitsgerichtsentscheidungen erleben wir das man gegenwärtig die Innehaltung einer Gehorsams- und Treuepflichtung auch schon von Angehörigen und Arbeitern verlangt. Können wir in Deutschland einen solchen Gehorsamsbegriff, so können manche Arbeitgeber von ihren Arbeitern und Angestellten eine Arbeitsleistung nicht obendrein eine bestimmte Gehorsamsleistung fordern.

Weiter sind zwischen den Angestelltenverbänden und mir, da ich mich der weiteren Entwicklung der Sonderrechte entgegenstelle, Missverständnisse entstanden. Wenn wir die angestrebten Arbeitsbedingungen herausheben wollen, müssen wir die sogenannte Barbezahlung der Wirtschaft vermeiden. Der Unternehmer muß nämlich diese Barbezahlung einkalkulieren, die Angestellten aber ziehen aus den Sonderrechten keinerlei Vorteil.

Das Streben aller Arbeiter und Angestellten sollte auf eine möglichst weitgehende Vereinheitlichung des Kollektivrechts gerichtet sein. Eine Verschlechterung der Lebensbedingungen darf natürlich für keine Gruppe in Frage kommen. Nicht Schematisierung ist mein Ziel, sondern eine stärkere Zusammenfassung unserer gesamten Kraft. Unsere Abwehrfront stände sicherlich stärker da, wenn die Energie der Arbeiterklasse zur Durchsetzung eines vernünftigen Lohns immer gesammelt in die Waagschale geworfen worden wäre.

Auch auf dem Gebiete der Rechtsprechung sind Missverständnisse zu beseitigen. Zweifellos liegen viele Fehlentscheidungen seitens der Arbeitsgerichte vor. Trotzdem wäre eine Wiederherstellung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte keineswegs empfehlenswert.

Wir sollten uns bei Beurteilung der Arbeitsgerichte vor Uebertreibung hüten. Es kann keine Rede davon sein, daß die Arbeitsgerichtsbehörden unbedingt verzagt hätten. Der Kampf um die Seele des Arbeitsgerichts vorstehenden wird ja erst seit vier Jahren geführt.

Das heikelste Thema in der Gewerkschaftsbewegung ist das Schlichtungsweesen. Auch hier hat noch niemand eine Lösung gefunden, die nur uns hilft und nicht auch den Gegnern. Manche Kollegen rufen: Hinweg mit dem Schlichtungsweesen! Man darf jedoch nie vergessen, daß dem Staat zur Durchsetzung seiner Absichten genügend andere Mittel zur Verfügung stehen. Der Gewerkschaftsangriff hat daher die Forderung nach Beseitigung des Schlichtungsweesens nicht erhoben, dagegen aber betont, daß sich die Arbeiterklasse mit der tatsächlichen Handhabung des Schlichtungsweesens nicht einverstanden erklären könne.

Ferner beschäftigte sich Kollege Körpel mit der Frage des Lohnabbaues, den wir nicht nur um unserer selbst willen, sondern im Interesse der gesamten Nation ablehnen, sowie

mit der Berufsausbildung der Lehrlinge. Von 800 000 Lehrlingen in Deutschland sind nur noch 175 000 nachweislich. Damit verliert die Ausbildung der Lehrlinge als Berufslöhner mehr und mehr an Bedeutung. Man möchte sich denken, daß die Ausbildung der Lehrlinge durch die Gewerkschaften in dieser Richtung laufen die Bemühungen der Gewerkschaften u. a. auf Einführung eines neuen Schulgesetzes.

Die Bemühungen auf Vereinheitlichung des Arbeitsrechtes, erklärte Kollege Körpel abschließend, laufen keineswegs auf eine Verschlechterung bestimmter Gruppen hinaus. Unter gemeinsamen Wirken darf nur eine langsame Verbesserung der Lebensbedingungen aller zum Ziel gehen.

Von Erfolg wird dieser Kampf jedoch nur begleitet sein bei Entfernung aller Ungleichheit aus unseren Reihen. RGS, RSG und RSH: für alle hat gleichwertigen Schicksal an der deutschen Arbeiterklasse.

Auch das Referat des Kollegen Körpel fand, obwohl es im einzelnen nicht immer auf ungeheilte Zustimmung stieß, harten Beifall. Die Aussprache erfolgte erst nach der Mittagspause. In ihr beteiligten sich die Kollegen Müller-Waldenburg und Schulz-Görlich.

Kollege Wachsner, der Vertreter des Afa-Bundes für Schlesien, erklärte, daß er mit den Auffassungen Körpels über die Bewertung der Angehörtenrechte nicht einiggehen könne. Durch Ausführungen, wie die Körpels, erfahre die Verarbeitung der freigewerkschaftlich organisierten Angestellten unter den noch ableistenden eine Ermäßigung. Im übrigen verweise Kollege Wachsner auf die Verhandlungen des Afa-Bundestages in Leipzig. Dort seien diese Meinungsverschiedenheiten bereits in aller Kameralität ausgeglichen worden.

Am Ende der Tagung standen wie üblich die Wahlen zum Bezirksauschuss.

Auf Antrag des Kollegen Schulz-Görlich wurden die bisherigen Mitglieder des Bezirksauschusses einstimmig wiedergewählt. Als Nachfolger des verstorbenen Kollegen Wachsner tritt Kollege Schmidt und an Stelle des wegen Alters auscheidenden Kollegen Wachsner Kollege Przychowski in den Bezirksauschuss ein.

Kollege Kohl dankte im Namen des Bezirksauschusses für das mit der Wiederwahl beehrte Vertrauen und schloß dann um 15 Uhr mit einem erneuten Appell zur Einheit und Geschlossenheit ab. In ein dreifaches Hoch auf die schlesische und deutsche freie Gewerkschaftsbewegung stimmten alle Delegierten begeistert ein.

Von 104 schlesischen Ortsauschüssen waren, wie der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergab, auf der Tagung insgesamt 90 vertreten. Auch 3 ostoberschlesische Ortsauschüsse hatten Abordnungen entsandt.

lassen kann, daß aber ohne Ueberanstrengung bis 80 B Stunde erreicht werden können und zur Erlangung von als 80 B exist der Begriff der Ueberanstrengung in Betracht kommt.

Bei längerer Leistung unter 60 B wird der Arbeiter den Betrieb untragbar. Das Unternehmen, das mit Einführung des Bedeauz-Systems einen Teil ihrer direktorialen Gewalt an die Bedeauz-Ingenieure abtreten muß, bekommt Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt.

Wenn nicht alle Abteilungen eines Betriebes nach dem Bedeauz-System nicht voll leistungsfähige Arbeiter im Betriebe beschäftigt werden kann. Ist aber der Betrieb umgestellt, dann bedeutet diese Freistellung der Kraft nach dem ungekünstelten Sprachgebrauch, daß der Betrieb stillgelegt wird.

An Hand praktischer Beispiele umriß der Vortragende die komplizierte Errechnung der B.

die nach Zeit und Geschwindigkeit, hindert durch Normalzeit, erhöht um den Leistungsfaktor erfolgt.

Diese Rechenregel, die angeblich der Dinge zum Arbeiter bringen, sind nicht sehr einfach und im Rahmen eines einwöchigen Vortrages gar nicht bis in alle Einzelheiten ganz eindeutig aufstellen. Im weiteren Verlaufe seiner Darstellung gab Kollege Deswojnen noch einen Einblick in die sich aus dem B-Wert ergebende Lohngestaltung und das damit verbundene Problem.

Alle über 60 B erreichten Leistungen werden danach dem vollen B-Wert gleichgestellt. Bedeauz argumentiert, daß zur Leistung der Arbeit Zeit, Kraft, Energie und Erfahrung benötigt werden. Mit der Erreichung der und ihrer Gegenbewertung sei der Ausgleich geschaffen. So Mehrleistung komme aber nur noch ein Mehraufwand von Energie und Erfahrung in Betracht und deshalb werde Mehrleistung, die eine freiwillige Leistung sei, auch nur einer Prämie von 75 Prozent bewertet. Als ebenso komplizierte Rechenregel des Bedeauz-Systems schließlich noch die Errechnung der Meister-B und zum Abschluß eine kritische Auf die neue Lohnrechnungsmethode ein, die zur in den Glasstoffwerken Cawallen eingeführt wird.

Die Stellung der Gewerkschaften liege auf der Hand. System bedinge nicht einmal die Lohnverbundenheit der Betriebe eines gleichen Industriezweiges am gleichen Ort. Es beherrschte Individualisierung im höchsten Maße und verfolge Bestrebungen, Gewerkschaften und Betriebsvertretungen auszuschalten. Die Bedeauz-Gesellschaft, die überdies als Erwerbsunternehmen betrachtet werden kann, glaubt sogar einer Kritik ihres Systems entgegenwirken können, indem sie die Auffassung vertritt, daß eine kritische Leistung ihrer Lohnrechnungsmethoden als eine Geschicklichkeit angesehen werden könne und es deshalb möglich mühe, einen Kritiker unter Berufung auf das bürgerliche Buch für Schaden haftbar zu machen.

Dem äußerst interessanten Vortrage folgte eine Ausprache bei der besonders die in der Versammlung anwesenden Kollegen aus dem Betriebsrat der Glasstoffwerke über ihre praktischen Erfahrungen interessante Einzelheiten darstellten konnten. Ausprache ließ erkennen, daß es auch heute in der unorganisierten Arbeiterklasse nicht an Stimmen mangelt, die das neue System für den Segen der Menschheit halten. Da in der Praxis nicht auch geringe Mehrverdienste zu verdienen sind, diese Auffassung bestärkt. Daß die vertragliche Verpflichtung Bedeauz-Gesellschaft, die Produktion zu steigern, nicht Endes zu Belegschaftsverminderungen führt, muß und den einzelnen Arbeitnehmer nur ein gehaltmäßig kurze Zeit seines Berufslebens befähigen, die Anforderungen der 60-B-Stufe zu erfüllen, das sind die Schattenseiten, die von Bedeauz-Anhängern aus dem Lager der Arbeitnehmer vorübersehen werden. Aus der Ausprache ging hervor, daß in Breslau in den nach Bedeauz arbeitenden Betriebsabteilungen die Belegschaftsverminderung bereits eine Frage Zeit sein dürfte.

Im Schlußwort ging Kollege Deswojnen nochmals die Abriegelung der Gewerkschaften von den Betrieben ein, mit dem Bedeauz-System verwirklicht werden würde. In Betrieben mit schlecht organisierter Belegschaft wird es heute immer möglich sein, durch energiegelichen Widerstand die Einführung zu verhindern. Die Gefahren sind aber so eindeutig, daß möglich sein muß, sie auch dem indifferenten und unbedenkenden Arbeiter klar zu machen.

Und was macht Stegerwald?

Der polnische Arbeitsminister will, um eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Arbeit zu ermöglichen, keine neuen Ermächtigungen zur Verlängerung der Arbeitszeit mehr erteilen. Infolge dieser Haltung Ministers sind bereits Maßnahmen ergriffen worden, um in verschiedenen Betrieben den sechsständigen Arbeitstag mit Schichten einzuführen, vor allem in der Großindustrie.

In Deutschland läßt die Verkürzung der Arbeitszeit in der Schwerindustrie immer noch auf sich warten. Vielleicht rafft sich der Arbeitsminister im Hinblick an die vom Deutschen Metallarbeiterverband gegenüber der Metallindustrie erhobenen Forderung auf Einführung der vierzigstündigen Woche nun in der Frage der Arbeitszeitverkürzung zu einer Tat auf.

Arbeitszeitverkürzung bei der Berliner Verkehrsgesellschaft

Zwischen der Direktion und der Betriebsvertretung der Berliner Verkehrsgesellschaft wurde vereinbart, die Arbeitszeit des gesamten Personals für die Zukunft von 46 auf 44 Stunden herabzusetzen. Dafür wird der Lohn des technischen Personals 6 Prozent gekürzt. Bei dem im Afford arbeitenden Personal ist die Affordbasis um 3 Pfennige gesenkt, so daß sie jetzt bei 6 Stundenlohn minus 8 Pf. Die Frauen- und Kinderzulage des gesamten Personals wurde um 1 Pf. pro Stunde gesenkt. Abkommen soll rückwirkend ab 1. Oktober in Kraft treten.

Ein neues Heim der JdM.-Jugend

eröffnete die Jugendgruppe Breslau im Zentralverband der JdM. die gestiftete vorige Woche in der Volkshochschule Brodauer Straße. Eröffnungsfest war von etwa 200 Jugendlichen besucht und nahm einen Verlauf, der zu den besten Hoffnungen für weitere Entwicklung der Jugendgruppe und des neuen Heimes berechtigt. Rezitationen und Darbietungen der Musikanten leisteten die Fester ein, in deren Mittelpunkt ein kurzer Vortrag des Jugendleiters über Wesen und Ziele gewerkschaftlicher Jugendarbeit stand. Die kurze, aber eindrucksvolle Veranstaltung wurde mit dem gemeinsamen Liede „Wann wir schreien“ geschlossen und war ein guter Auftakt für die kommende Arbeit.

Das neue Heim, welches das 5. der Breslauer JdM.-Jugend ist, wurde für die Stadtteile Ohlauer und Strehlener geschaffen. Die erste Heimveranstaltung findet heute um 20 Uhr statt. Kollege Winberg wird in einem Lichtbildervortrag „Wandern im Riesengebirge“ sprechen. Alle taufmännlichen Lehrlinge und jugendlichen Angestellten sind zu dieser Veranstaltung ebenso wie zu den nunmehr jeden Dienstag regelmäßig stattfindenden Heimabenden herzlich eingeladen. Arbeiter-Schicht eure Söhne und Töchter, die im Angestelltenberuf nicht in die gegnerischen Harmonieverbände, sondern in die Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten, der gewerkschaftlichen Berufsorganisation.

Die Verhandlungen über die Eisenbahnerlöhne wurden bis zum 22. Oktober vertagt

Am Montag begannen die Lohnverhandlungen für die Eisenbahnarbeiter. Die Forderungen der Vertreter der Reichsbahnverwaltung und die Gegenforderungen der Arbeitervertreter klaffen sehr weit auseinander. Die Verhandlungen dürften sich daher sehr schwierig gestalten.

Die Vertreter der Verwaltung verlangten einen Lohnabbau von 45 Prozent im Durchschnitt. Nach ihrem Vorschlag soll der Stundenlohn in den Gruppen I bis III um 4 Pfennig und in den Gruppen IV bis VII um je 3 Pf. gekürzt werden. Die Verwaltungsvertreter begründeten ihre Forderung mit der schlechten Wirtschaftslage der Reichsbahn. Trotz aller bereits vorgenommenen Einschränkungen sei in diesem Jahre mit einem Fehlbetrag von über 600 Millionen Mark zu rechnen. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Lohnkürzung bringe ihr erst eine Ersparnis von rund 37 Millionen.

Die Gewerkschaftsvertreter wiesen auf die schmerzliche Schärfe hin, die ein solcher Lohnabbau für die Eisenbahner mit sich bringe. Die Löhne seien schon so stark gekürzt, daß sie bereits unter den Stand von 1926, zum Teil sogar auf den Stand von 1924 gesunken seien. Der Lohn aus dem Jahre 1924 könne unmöglich als Vergleichsmaßstab in Betracht kommen. Die Hauptverwaltung wolle immer nur den Etat durch Kürzung der Personalausgaben balancieren. Die Eisenbahnarbeiter hätten bereits ungeheure Lohnkürzungen durch Arbeitszeitverkürzung, durch Lohnabbau und durch Feiertagskürzen in Kauf nehmen müssen. Was man ihnen jetzt zumute, sei gänzlich untragbar.

Die Gewerkschaftsvertreter mehrten die Gegenforderung an das Lohnabkommen unterändert mit einer Laufzeit bis zum April 1932 in Kraft zu setzen.

Die Verhandlungen wurden auf einen Vorschlag der Vertreter der Reichsbahnverwaltung bis zum 22. Oktober vertagt.

Schiedspruch für das niederschlesische Bergrevier

Die Bergarbeiter werden ihn ablehnen

Im Lohnstreit der niederschlesischen Bergarbeiter wurde ein Schiedspruch gefällt, wonach die Löhne, ausgenommen die der Jugendlichen, der zwei jüngsten Gruppen der Lehrlinge und der weiblichen Arbeiter am 1. November um 7 Prozent gekürzt werden sollen. Die Neuregelung soll bis zum 31. Dezember Geltung haben. Die Befreiung der Untertagearbeiter vom Beitrag zur Arbeitslosenversicherung während der Vertragsdauer dürfte auch für das niederschlesische Revier in Kraft treten.

Die Bergarbeiter werden aller Voraussicht nach den Spruch ablehnen.

Große Bergarbeiterversammlungen in Oberschlesien

Am Sonntag sprachen im ober-schlesischen Industriegebiet in mehreren großen Versammlungen die bekannten Bergarbeiterführer des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter aus dem Weiten, die Reichstagsabgeordneten August Schmidt, Markmüller, Köppler. In einigen anderen Versammlungen sprachen Oberbürgermeister Franz Hindenburg als früherer Bergarbeiterbevollmächtigter und der gegenwärtige Geschäftsführer des Bezirks Kossahl. Ueberall hatte der Bergarbeiterverband überfüllte Säle und erbrachte damit wiederum einen Beweis seiner dominierenden Stellung in der ober-schlesischen Bergarbeiterklasse.

Das Bedeauz-Lohnsystem

Die neueste Auspottungsmethode, die die Produktion um 40 Prozent steigern, zugleich die Lohnkosten aber 20 bis 30 Prozent vermindern soll — Selbstverständlich basiert dieses System auf „wissenschaftlicher Grundlage“

In der letzten Sitzung des Ortsauschusses der Breslauer freien Gewerkschaften sprach Kollege Deswojnen über das Bedeauz-Lohnsystem. Seine Ausführungen dazu sind im folgenden festgehalten.

Affordlohn ist ein Faktor gewesen, den sich die Arbeiterklasse in vergangenen Jahrzehnten har aufzwingen lassen mußten. Selbst große Teile der Arbeiterklasse waren damals von der Begeisterung über die „gerechte“ Stücklohnbezahlung erfüllt. Was diese Entlohnung — die es angeblich verhindern soll, daß kein Arbeiter auf Kosten des andern profitiert — bedeutet, bedarf heute keiner Erörterung mehr. Stoppwähren, Zeitafford und andere Dinge haben alle anfangs unklaren Hintergründe erhellt. Wirtschaftskrise, Nationalisierung haben ein übriges getan und die durch verschiedene Umstände geschwächte Macht der organisierten Arbeiterklasse vermag sich augenblicklich noch weniger durchzusetzen, als in Zeiten der Konjunktur.

In solcher Situation ist es nicht verwunderlich, wenn sich das Unternehmertum stark macht und zu neuen Angriffen übergeht. Die nach Arbeit lechzende Reservearmee ist waffenhaft genug, um der sogenannten Wirtschaft als Trumpf gegen die noch Arbeitenden zu dienen. Wenn würde es unter diesen Voraussetzungen wundern, wenn nun unter Berufung auf die Wissenschaft neue Mittel erdacht werden, den Profit auf Kosten der Werttätigen zu steigern?

Bedeauz-Lohnsystem

ist eine der neuen Formeln, die auf wissenschaftlicher Basis auf gebaut sein soll. Da Breslau in Beziehung auf Lohnabbau niemals rückständig war, ist es nicht verwunderlich, wenn das Bedeauz-Lohnsystem bei uns bereits Eingang gefunden hat und sich die Gewerkschaften nun ebenfalls mit dieser „wissenschaftlichen“ Lohnberechnung beschäftigen müßten.

In der letzten Sitzung des Ortsauschusses des Afa gab Kollege Deswojnen einen Einblick in dieses neue Lohnberechnungsgebiet, das so kompliziert ist, daß auch ein zweijähriger Vortrag nur die hauptsächlichsten Grundbegriffe hazyustellen vermocht.

Einleitend wies er darauf hin, daß das von einem Franzosen Bedeauz kammende System heute in etwa 500 Groß-

betrieben der ganzen Welt eingeführt ist, von denen fünfzehn auf Deutschland entfallen. Es gibt eine Bedeauz-Gesellschaft, die das Lohnsystem gegen Bezahlung einer Lizenzgebühr abtritt. Bei einem Verträge zwischen der Bedeauz-Gesellschaft und einem auf das neue Lohnsystem umzustellenden Betriebe muß sich letzterer zur Uebernahme der Bedeauz-Ingenieure verpflichten, die pro Stunde 30 Mark kosten, während sich andererseits die Bedeauz-Gesellschaft verpflichtet, durch ihr System eine Steigerung der Produktion des Betriebes bis zu 40 Prozent bei gleichzeitiger Lohnkostenkürzung um 20-30 Prozent zu erreichen.

Das Bedeauz-System will nicht die Bezahlung der Arbeit nach der Zeit oder der Menge der Arbeit, sondern alle Berechnung geht nach der Zahl der geleisteten B vor sich und dieser Begriff B ist

die Menge Arbeit, die ein Mensch normaler Weise in einer Minute vollbringt.

Diese Formel ist aber keinesfalls Gleichstellung mit der Zeit. Bedeauz meint, daß jeder Arbeiter 60 B in einer Stunde

29745 Ärzte-Gutachten!

Jede Bohne Qualität jeder Tropfen Genuß jede Tasse Gesundheit das ist Kaffee Hag!

In jeden Paket ein Gutschein. Im Weihnachtsmonat 1931 auf 40 Gutscheine 1 mit Altsilber-Dose mit Kaffee Hag gratis